

25X1

Page Denied

Monatsbericht über die Entwicklung in der Sowjetunion
im Februar 1955

Seite:

I. Die wichtigsten Ereignisse und die innere Lage in der UdSSR	1
1) Die Landwirtschaft	1
a) Getreideproduktion	1
b) Viehzucht	6
c) Die Lage in den Sowchosen	8
d) Der "neue Kurs" der Landwirtschaft	9
2) Der "neue Kurs" in der Volkswirtschaft der UdSSR	11
3) Mobilisierungsbereitschaft der Sowjetunion	13
4) Die materielle Lage der Bevölkerung	20
5) Der Grund der Machtveränderung in der sowjetischen Führungsspitze	21
6) Das staatliche Budget der SU für das Jahr 55	27
7) Die sowjetische Armee	29
8) Die Wahlen zu den Obersten Sowjets der sowjetischen Unionsrepubliken	31
II. Die Perspektiven der Innenpolitik der sowjetischen Führung	32
III. Die Aussenpolitik der sowjetischen Führung	33
1) Feststellung der Veränderungen der internationalen Lage	33
2) Die sowjetische Aussenpolitik in der Frage der Massenvernichtungswaffen	36
3) Die sowjetische Aussenpolitik und die Frage der Koexistenz	37
4) Die Politik der sowjetischen Führung in Bezug auf die USA	39
5) Deutschlandfrage	40
6) Die sowjetische Politik in der Österreich-Frage	41

Seite:

7) Die sowjetische Politik im Nahen Osten	42
8) Die sowjetische Politik in Bezug auf Jugoslawien	43
9) Die sowjetische Politik in Bezug auf Japan	43
10) Indien	43
11) Beziehungen zu China und der Konflikt in Bezug auf Formosa	44
12) Die Konferenz der Staaten Asiens und Afrikas in Bantung	45
13) Der neue Stil im Benehmen der sowjetischen Führung	45

I. Die wichtigsten Ereignisse und die innere Lage in der UdSSR1. Die Landwirtschaft

Vom 25. bis 31. Januar 1955 hielt das Zentralkomitee der KPdSU eine Plenartagung ab. Das Plenum nahm einen Bericht CHRUSCHTSCHEWs entgegen und nahm am 31.1. nach längerer Beratung eine "Resolution über die Erhöhung der Viehzucht" an. Der ZK-Beschluss wurde am 2.2. und die Erklärung CHRUSCHTSCHEWs am 3.2. in der Sowjetpresse veröffentlicht.

Diese ZK-Tagung war das Vorspiel zu den Ereignissen, die sich später auf der II. Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR abspielten. Sie gibt gleichzeitig Anhaltspunkte für den neuen innenpolitischen Kurs der Sowjetführung. Zwei Punkte sind vor allem zu beachten:

- 1) Das ZK gab die schwere Krise der Landwirtschaft zu,
- 2) Das ZK beschloss einen "neuen Kurs", um mit der langsam arbeitsweise Schluss zu machen und schnelle Verbesserungen zu erzielen.

a) Getreideproduktion

Die Erklärungen auf der ZK-Tagung sowie Materialien aus der Großen Sowjet-Enzyklopädie ergeben folgendes Bild:

- 1) Die Getreideproduktion befindet sich in einer Krise,
- 2) die Getreideerträge haben sich im Vergleich zu 1952 (dem letzten Lebensjahr STALINS) auf die Hälfte verringert,
- 3) Der Bedarf an Brotgetreide der Bevölkerung kann nicht mehr gedeckt werden,
- 4) die Überwindung der Krise für alle Bedarfsträger (Bevölkerung, Exportfonds und strategische Reserven) kann frühestens 1960 erreicht werden.

U.a. geht das aus folgenden Angaben hervor:

Die "Große Sowjetenzyklopädie" Band 17, Seite 65, bringt als Vergleichszahlen für die Getreideerzeugung die nachstehende Tabelle:

<u>Jahr</u>	<u>eingebrachte Brotgetreide-Ernte</u>
1950	7 Milliarden 600 Millionen Pud +
1951	7 Milliarden 400 Millionen Pud
1952	8 Milliarden Pud

+) 1 Pud = 16 kg

Der ZK-Beschluss entwickelt einen Sechsjahresplan, in dem die jährliche Produktion auf 10 Milliarden Pud gesteigert werden soll. Wörtlich heisst es:

"Um den Getreidebedarf im Lande völlig zu decken, muss man, wie die Berechnungen zeigen, in den nächsten 5 bis 6 Jahren den gesamten Ernteertrag nicht weniger als auf 10 Milliarden Puds im Jahre erhöhen. Das ist eine grosse und schwere, aber völlig reale und mögliche Aufgabe.

Als eine wichtige volkswirtschaftliche Aufgabe ist die Entwicklung der Getreideproduktion in dem Ausmass zu betrachten, daß bis zum Jahre 1960 der Gesamtertrag im Lande mit nicht weniger als 10 Milliarden Puds gesichert ist."

Nach den ZK-Beschlüssen lassen sich allerdings die geplanten jährlichen 10 Milliarden Pud nicht mit den Zahlen von 1952 vergleichen, da damals nur das Brotgetreide erfasst war, während in den kommenden 10 Milliarden auch die Maisernte enthalten sein soll. Bis 1960 soll die Anbaufläche für Mais 28 Millionen ha umfassen. Im ZK-Beschluss heisst es:

"Der Vergrösserung der Saatfläche für Mais wird grosse Bedeutung beigemessen, da hier die grösste Reserve zur Erhöhung des Gesamt-Getreideertrages liegt. Deshalb ist es unumgänglich, dem Maisanbau eine Fläche von 28 Millionen Hektar zur Verfügung zu stellen.

Der Wert des Maises liegt darin, dass seine Zucht gleichzeitig zwei Aufgaben erfüllt: Einmal die Vervollständigung der Getreidesorten, zum anderen aber durch die Maisstengel ein zusätzliches Viehfutter.

Deshalb ist die Ausdehnung des Maisanbaues in unserem Lande die bedeutendste Voraussetzung zur Erhöhung der Getreideerträge."

Da der mittlere Ertrag von einem ha Mais bei 25 russischen Zentnern liegt (ein russ. Zentner entspricht einem deutschen Doppelzentner, also 100 kg), wird die UdSSR 1960 bei 28 Millionen ha Anbaufläche 4 Milliarden 375 Millionen Pud Mais ernten.

Heute erntet die Sowjetunion (1953 letzte Vergleichszahl) nur 230 Millionen Pud Mais. Bei der Erhöhung der Maiserträge ist geplant, 1,8 Milliarden jährlich in urbargemachtem Neuland hereinzubringen. Trotzdem wird die Erhöhung der Gesamtproduktion an Getreide keine

- 3 -

Steigerung des Ertrages wirklicher Brotgetreidesorten erbringen, sondern diese Sorten werden auch 1960 nur 5,625 Milliarden Pud umfassen.

Da, wie es in dem Beschluss heisst, bei der Erhöhung des Gesamtertrages bei Getreide auch die Erträge der herkömmlichen Sorten gesteigert werden müssen, um aus der gegenwärtigen Lage herauszukommen, liegen also die derzeitigen Brotgetreideernten weit unter den als Ziel proklamierten 5,625 Milliarden Pud.

Da 1952 weit mehr Brotgetreide aufgebracht wurde, nämlich über 8 Milliarden Pud, heute aber nach diesen offiziellen Angaben weniger als 5,625 Milliarden Pud, kann man also auf eine Ernte 1954 in Höhe der halben Ernte 1952 schliessen. Daraus ergibt sich, wie gefährlich die gegenwärtige Krise ist. Trotzdem will die Sowjetführung eine (für den Kriegsfall notwendige) staatliche Getreidereserve anlegen:

"Wir brauchen die mächtige, jährlich zu ergänzende staatliche Getreidereserve. Ohne die gehörigen Reserven kann der Staat nicht auskommen.

Wie auf dem Plenum festgestellt wurde, reicht der Ertrag der Getreidewirtschaft nicht aus, um die wachsenden Bedürfnisse der Volkswirtschaft zu befriedigen.

Es ist für uns unumgänglich, zur Vervollständigung der Staatsreserven mehr Getreide zu erzeugen.

Das Plenum des ZK der KPdSU glaubt, dass, wenn die Erhöhung der Gesamternte 10 Milliarden Pud erreicht hat, unser Staat alle Bedürfnisse in Brot decken, mächtige Reserven anlegen und den Handel mit dem Ausland vergrössern kann."

Die Sowjetführung ist jedoch bemüht, die Rückschläge in der Landwirtschaft zu vertuschen. Sie stellt den Mangel an Brotgetreide nicht als ein Rückgang der Ernten, sondern als die Folge höherer Bedürfnisse dar. So fragte CHRUSCHTSCHEW in seinem Bericht:

"Man könnte uns fragen, warum es noch vor einigen Jahren hieß, dass wir genug Brot haben, jetzt aber so beharrlich die Aufgabe gestellt wird, die Getreideproduktion scharf zu erhöhen?"

Als den wichtigsten Grund für die "Erhöhung des Bedarfes" gibt CHRUSCHTSCHEW die Verbesserung der materiellen Lage der Bevölkerung und ihre gesteigerte Kaufkraft an. Diese Erklärung ist **völlig unlogisch**: Bei der Verbesserung der materiellen Lage (die nebenbei bemerkt noch sehr unbedeutend ist) wird nicht der Bedarf von Brot gesteigert, sondern an anderen Produkten (Wie Fleisch, Butter, Eier, usw.), oder umgekehrt vergrössert sich bei der Verschlechterung der Lage im Lande der Brotbedarf der Bevölkerung, weil das Brot immer eines der billigsten Produkte ist.

Als zweiten Grund gibt CHRUSCHTSCHEW die wachsende Zahl der Geburten im Lande an und weist darauf hin, das sich die Bevölkerung der Sowjetunion jährlich um 3 Millionen vermehrt. Auch wenn diese Zahl des Bevölkerungszuwachses stimmen würde, konnte dieser augenblickliche Zuwachs die Bedarfserhöhung an Brot nicht beeinflussen, weil diese Kinder im Alter bis zu 2 Jahren kaum Brotverbraucher sind.

Als dritten Grund führt CHRUSCHTSCHEW an, allein in den letzten 5 Jahren seien ungefähr 9 Millionen Landarbeiter in die Industrie gegangen. Das jedoch ist, wie hier schon wiederholt gesagt, kein Beweis für einen "Erhöhten Bedarf", sondern lediglich ein sicherer Beweis für die Verringerung der Produktion. Die 9 Millionen, die aus der Landwirtschaft in die Städte gezogen sind, bleiben in unveränderter Höhe Brotverbraucher, hören aber auf, selbst welches zu erzeugen.

Die letzten drei Gründe, die CHRUSCHTSCHEW für eine Erhöhung der Getreideproduktion ins Feld geführt hat, sind zwar schwerwiegende Argumente, widerlegen aber doch seine Grundthese vom "gesteigerten Brotbedarf durch gesteigerten Lebensstandard". Diese Gründe sind:

- 1) Anlage einer "mächtigen strategischen Getreidereserve."
- 2) Erhöhung des Getreide-Exportes
- 3) Zuweisung von Getreide zur Rettung des Viehbestandes.

Die Zuweisung von Getreide zur Sicherung des Viehbestandes soll sich jährlich steigern und 1960 eine Höhe von 4 Milliarden蒲d haben.

In diesem Zusammenhang ist es notwendig, die Gründe zu untersuchen, die zu der Verringerung der Getreideernten seit 1952 geführt haben. Vom Januar-Plenum des ZK wird, vor allem was das Jahr 1954 betrifft, ein "verspätetes Einbringen der Ernte" angegeben.

- 5 -

Bei einer Verschiebung des Schlusstermins bei der Ernteeinbringung, der im allgemeinen 20 Tage nach der völligen Reife lag, soll ein Drittel des Gesamtertrages verloren gegangen sein. Doch habe es sogar Fälle gegeben, wo Kolchosen und Sowchose diesen Termin auf einen Monat und noch mehr verlängerten:

"Man muss alles tun, um die Verluste bei der Ernteeinbringung künftig zu vermeiden. Es ist ein unmöglich Zustand, wenn als Folge willkürlicher Verschiebungen der Termin in vielen Kolchosen und Sowchose ein Viertel der Ernte verloren geht. Es ist auch nicht schwer, die Folgen zu überdenken, die durch eine Verschiebung der Erntetermine um einen Monat oder sogar 45 Tage heraufbeschworen werden."

CHRUSCHTSCHEW hat sich die Mühe gemacht, durch zwei Versuchsstationen im Gebiet von Dnjeppetrowsk die Ernteschäden prüfen zu lassen:

Termine	Station I		Station II	
	Ernte	Verluste	Ernte	Verluste
bei Vollreife:	29,5 Ztr.	-	32,3 Ztr.	-
5 Tage später:	28,4 "	1,1 Zt.	30,8 "	1,5 Ztr.
10 Tage später:	23,4 "	6,1 "	24,6 "	7,7 "
15 " "	21,6 "	7,9 "	22,8 "	9,5 "
20 " "	18,5 "	11,- "	21,7 "	10,8 "

Ernteerträge und Verluste ergeben sich in Zentner pro Hektar.

Im Beschluss des ZK heisst es:

"Die rechtzeitige Ernteeinbringung erhöht den Gesamtertrag um 2,3 und noch mehr Zentner pro Hektar."

Völlig unerträglich ist die Lage überall dort, wo es als Folge der verzögerten Ernteeinbringung grosse Verluste gab. Vom Landwirtschaftsministerium, vom Ministerium für Sowchose sowie von den örtlichen Partei - und Staatsorganen muss verlangt werden, einen beharrlichen Kampf gegen Verluste bei der Ernte einzuleiten."

Bei der Grösse der sowjetischen Saatflächen - nach CHRUSCHTSCHEWs Worten beträgt sie zurzeit 105 Millionen Hektar - , könnte eine pünktliche Ernteeinbringung die Gesamterträge um etwa 20 Millionen

Pod erhöhen. Allerdings sind die hier aufgezählten Ernteverluste zwar bedeutend, gehen aber an den Hauptursachen der Ernte-Rückentwicklung vorbei.

Die Hauptursache für die Krise im Getreideanbau ist das teilnahmslose, widerstrebende Verhalten der Kolchosbauern und Landarbeiter zu ihrer Arbeit, zum Sowjetstaat. Diese Teilnahmslosigkeit nimmt sehr oft die Formen des passiven oder aktiven Widerstandes an und entwickelt sich "zur bewussten Sabotage". (Erlass des Obersten Sowjet der UdSSR über "Die Verantwortung für die Beschädigung der Saaten in Kolchosen und Sowchosen", Prawda, 19.1.55)

Die Arbeiter der Landwirtschaft und die Kolchosbauern, die unter der Herrschaft STALINS unter ständigem Druck und der Angst vor den unzähligen Strafeinrichtungen gelebt hatten, erfüllten bis zum Tode des Diktators ihre Verpflichtungen. Nach dem Tode STALINS jedoch begann die Furcht zu schwinden, und parallel damit sanken die Erträge. Diese Erscheinung war in der Landwirtschaft bei weitem am stärksten. Ebenso ist die Auswirkung dieser Entwicklung - selbst wenn es in der Industrie genau so wäre - auf dem Sektor der Landwirtschaft am gefährlichsten: Das Brot war, ist und wird immer das Hauptnahrungsmittel des russischen Volkes sein. Jede Senkung der zur Verfügung stehenden Brotmenge macht sich hier schmerzlich bemerkbar.

b) Viehzucht

Ähnlich ist die Lage der Viehzucht. Auch dort zeigt sich eine merkliche Verringerung des Bestandes und absinkende Leistungsfähigkeit. Das Plenum des ZK der KPdSU sah sich gezwungen, die Unmöglichkeit einer ausreichenden Versorgung der Sowjetbürger einzugehen:

"Das Plenum stellt fest, dass der jetzige Zustand der Viehzucht, insbesondere aber ihre Leistungsfähigkeit und ihr Umfang nicht ausreichen, um den wachsenden Bedarf der Bevölkerung an tierischen Produkten und den Rohstoffbedarf der Leicht- und Ernährungsindustrie zu decken. Die kollektive Viehzucht bleibt immer noch die zurückgebliebene Branche der Landwirtschaft."

(Beschluss des Januar-Plenums)

"Die Kommunistische Partei und die Sowjetregierung betrachten es als ihre Aufgabe, im Laufe der kommenden Jahre den Viehbestand so zu vergrössern, dass der wachsende Bedarf der Bevölkerung an Nahrungsmitteln und der Bedarf der Industrie an tierischen Rohstoffen befriedigt werden kann.

In vielen Kolchösen und Sowchosen erleiden wir grosse Verluste an Vieh. Das ist das Ergebnis einer schlechten Pflege, Fütterung und Unterbringung des Viehes. Dadurch wird den Viehseuchen Vorschub geleistet, das weibliche Rindvieh wird unfruchtbar und viele Tiere gehen ein.

Aus Kolchösen und Sowchosen wird dem Staat z.T. unterernährtes Vieh geliefert, besonders bei Schweinen stellen Abnahmebehörden und verarbeitende Betriebe Untergewicht fest."

Auch hier scheint nur die Hälfte des wirklich gebrauchten Viehbestandes vorhanden zu sein. In dem Beschluss des Januar-Plenums heisst es nämlich eindeutig:

"Für die Verwirklichung unserer Pläne ist es notwendig, den Viehbestand in den nächsten 5 oder 6 Jahren zu verdoppeln oder noch weiter zu vergrössern."

Der Dreijahresplan, den die Sowjetführung im Jahre 1953 zur Durchführung ähnlicher Aufgaben in der Viehwirtschaft verkündet hatte, wird vom Januar-Plenum überhaupt nicht mehr erwähnt. Offenbar ist er gescheitert und man hat auf seine weitere Durchführung verzichtet. Der neue, vom Plenum beschlossene Plan, der auf 5 bis 6 Jahre bemessen ist, konkretisiert die einzelnen Aufgaben wie folgt:

"Die wichtigsten Aufgaben der Viehwirtschaft bestehen bis zum Jahre 1960 darin, den jährlichen Anfall an Fleisch und Speck sowie an Milch im Vergleich zu 1954 zu verdoppeln; 2,2 mal so viel Eier wie 1954 sollen abgeliefert und 1,8 mal soviel Wolle aufgebracht werden."

Besondere Aufmerksamkeit wird der Schweinezucht geschenkt, da die Aufzucht von Schweinen die kürzeste Zeit in Anspruch nimmt. Schweinefleisch soll deshalb mindestens 40 bis 50 % des Gesamtaufkommens ausmachen.

Um von den wahren Ursachen abzulenken und die tatsächliche Lage zu vertuschen, behauptet das Plenum, trotz aller Schwierigkeiten habe sich der Pro-Kopf-Verbrauch gegenüber der Vorkriegszeit dennoch

erhöht. Um dieses zu beweisen, haben die Statistiker Vergleichszahlen aus dem Jahre 1940 ausgegraben. Um den ganzen Betrug verstehen zu können muss man wissen, dass sich die Lage in Russland mit dem Beginn des Finnlandkrieges schlagartig änderte. Seit dieser Zeit hat STALIN alle greifbaren Bestände seinen "strategischen Reserven" zugeführt. So war das Jahr 1940 für die Sowjetbevölkerung ein ausgesprochenes Hungerjahr. Mit Ausnahme von Moskau erhielt man in jenem Jahr nur ebensoviel Lebensmittel wie im Kriege, teilweise sogar noch weniger.

Um ein weiteres Absinken der Viehzahlen zu verhindern, forderte das Plenum verstärkte Futterbeschaffung, eine erweiterte Bautätigkeit zur Errichtung von Stallungen sowie Mechanisierung der Viehwirtschaft:

"Aber das Landwirtschaftsministerium, das Ministerium für Sowchose und eine Reihe von Führern der Partei-, Staats- und Landwirtschaftsorgane zeigen nur ein sorgloses Verhältnis zur Frage der Futterproduktion. Auch treffen sie keinerlei Aktivität, um die eingerissene Nachlässigkeit bei der Futterbeschaffung zu liquidieren.

Der Mangel an guten Ställen bringt den Kolchose grosse Verluste; Leistungsfähigkeit und Wert des Viehs sinken ab, die Verluste an Vieh, besonders an Jungvieh, wachsen ständig."

c) Die Lage der Sowchose (Staatsgüter)

Aufgrund der Reden im Januar-Plenum und der Beschlüsse kann festgestellt werden, dass die Lage auf den Sowchose schlechter ist als auf den Kolchose. Die meisten Sowchose arbeiten mit Verlust, sind also unrentabel.

In der Resolution wird deshalb gesagt:

"Dort werden die Aufgaben, wie etwa die Vergrösserung des Viehbestandes, die Erhöhung der Hektarerträge, die Vermeidung von Verlusten usw. einfach nicht erfüllt. Nach Auffassung des ZK-Plenums der KPdSU offenbart sich darin die ganze Sorglosigkeit des Ministeriums für Sowchose. Das Ministerium kümmert sich weder um die Entwicklung der Viehzucht, noch trifft es Massnahmen zur Mobilisierung der Reserven, durch die allein die Produktion erhöht werden könnte... Bei einer richtigen Führung der Wirtschaft könnte es keine Sowchose geben, die

mit Verlust arbeiten. Ein solches Staatsgut habe nicht das Recht zu existieren."

d) Der "neue Kurs" in der Landwirtschaft

In dem Beschluss wird auf die Notwendigkeit der Verbesserung der Parteiarbeit auf dem Lande hingewiesen. Das Plenum stellt fest, daß die Parteifunktionäre nur sehr ungern mit den Kolchosbauern über die ungenügenden Arbeitsleistungen sprechen. Sie würden nicht mit genügender Strenge die sofortige Beseitigung der Unzulässigkeiten verlangen. Das deutet einerseits auf die Unzufriedenheit der Landbevölkerung hin. Andererseits zeigt das die Angst und die Schwäche der Partei- und Landwirtschaftsfunktionäre oder sogar ihre loyalen Beziehungen zu dieser Unzufriedenheit.

"Erstens haben die Parteifunktionäre und Agitatoren die Gewohnheit angenommen, nur über die Erfolge und die Errungenschaften zu reden, wobei sie die Besprechung der Mängel und Schwierigkeiten vermeiden. Das setzt natürlich die Wirkung der Agitation herab und führt nicht zur Beseitigung der Mängel.

Zweitens führen viele Parteifunktionäre und Agitatoren gern Gespräche mit den Kolchosbauern, bei denen sie die Leute über die verschiedenen Vorteile, die den Arbeitenden zustehen, aufklären. Sie vermeiden aber absichtlich die Gespräche über die Befestigung der Arbeitsdisziplin, über Erhöhung der Anforderungen an jeden Arbeitenden, über Beseitigung der Unordnung, die man in den Kolchosen, MTS und Sowchosen begegnet."

Die sowjetische Führung verlangt von den Parteifunktionären und den örtlichen landwirtschaftlichen Führern, grosse Forderungen an die landwirtschaftlichen Arbeiter zu stellen, was zur Steigerung der Produktion und zu der Befestigung der Arbeitsdisziplin führen soll.

Die grösste und wichtigste Änderung in der sowjetischen Landwirtschaft ist aber die auf dem Plenum des ZK angenommene Neuordnung über Versorgung mit Gebrauchsgegenständen und Ernährungsprodukten.

Diese Neuordnung besteht darin, dass die Versorgung der Gebiete, Rayons und Republiken mit Gebrauchsgegenständen und Ernährungsprodukten aus dem staatlichen Fonds von der Erfüllung des Planes

- 10 -

zur Steigerung der Landwirtschaftsproduktion abhängig gemacht wird. Dadurch wird die Bevölkerung des Gebietes, das nicht die Aufgaben der sowjetischen Führung erfüllt hat, in eine schlechtere materielle Lage kommen. Ausserdem wird nach dem Beschluss des ZK der Republik, Kreis- und Gebietsführung mehr Initiative zur Versorgung der Bevölkerung überlassen. In der Praxis wird das bedeuten, dass die Bevölkerung eines Gebietes, das wegen der Nichterfüllung der staatlichen Aufgaben weniger Versorgungsgüter aus dem staatlichen Fonds zugeteilt bekommt, ihre Proteste nicht an die sowjetische Regierungsspitze sondern an die Führung der Republiken, Gebiete und Rayons richten soll.

"Das ZK der KPdSU vertritt die Ansicht, dass die gegenwärtigen Bestimmungen über die Versorgung mit Produkten der Viehzucht, durch die vom Staat Fleisch, Milch und andere Produkte verteilt werden, falsch sind, da sie die Tatsache ausseracht lassen, ob das betreffende Gebiet seine Aufgaben in der Viehzucht erfüllt hat oder nicht. Die gegenwärtigen Bestimmungen hemmen deshalb die kollektive Viehzucht, erzeugen Passivität und nehmen die Verantwortung von den örtlichen Funktionären, die von der Partei gestellten Aufgaben zu erfüllen. Es ist unentbehrlich, mit einer solchen Praxis in Planung und Verteilung Schluss zu machen.

"Indem man auf diesem Gebiet die Zentralisierung lockert, muss man die Zuteilung aus den staatlichen Fonds an jedes einzelne Gebiet davon abhängig machen, wie dort die gegebenen Möglichkeiten genutzt, welche Arbeitsleistungen hervorgebracht und wie die Ablieferungspflichten beachtet werden. Eine solche Handhabung wird zu einer Vergrösserung der zentralen staatlichen Fonds führen. Ausserdem entspricht diese Neuordnung vollkommen dem Prinzip des Sozialismus, das die Verteilung der Produkte nach den Arbeitsleistungen vorsieht."

Bevor diese Resolution gefasst wurde, hatte Nikita CHRUSCHTSCHEW ausgeführt:

"Ich glaube, dass es richtig ist, die Versorgungsfrage nach dem sozialistischen Leistungsprinzip zu lösen. Wir werden also ausrechnen, welche Mühe sich jeder Bezirk macht, um zur besseren Ausnutzung seiner Möglichkeiten zu kommen, und demnach wird auch die Versorgung sein."

Die Bedeutung des Prinzips besteht also darin, durch eine weitere Verschlechterung der materiellen Versorgung einen Druck auf die Bevölkerung auszuüben, um sie zu einer Vermehrung und einer Verbesserung der Arbeitsleistung zu zwingen. Gleichzeitig sollen evtl. Ausbrüche der Unzufriedenheit von der Moskauer Spitze abgelenkt und auf die örtlichen Führungsorgane gerichtet werden.

Der Vollständigkeit halber sei darauf verwiesen, dass die ZK-Resolution auch in einigen Sätzen verlangt, man solle den Sorgen und Nöten der Landbevölkerung mehr Beachtung schenken:

"Nachlässigkeit gegen den Menschen - das ist die grösste Beleidigung für ihn. Besonders dort, wo die Parteifunktionäre das vergessen, gibt es sehr viele Mängel."

2) Der "neue Kurs" in der Volkswirtschaft der UdSSR

Auf der 2. Tagung des Obersten Sowjets, die in Moskau vom 3. bis 9. Februar stattfand, wurde ein "Neuer Kurs" in der Volkswirtschaft der UdSSR vorgelegt und angenommen. Er sieht vor allem die weitere primäre Entwicklung der Schwerindustrie vor:

"Bei der Entwicklung der Schwerindustrie, sind wir und werden wir immer den Hinweisen des Grossen Lenins und seines Nachfolgers Stalin folgen. Das Prinzip der Schwerindustrie, das unsere Partei in einem erbitterten Kampf mit den Klassenfeinden und ihren Agenturen verteidigt hat, ist durch den sozialistischen Aufbau unseres Landes vollkommen gerechtfertigt. Es entspricht den Grundinteressen der Sowjetunion und unseres Volkes.

Deshalb wird die Regierung auch in Zukunft auf ökonomischen Gebieten genau die Generallinie der Kommunistischen Partei, die die allgemeine Entwicklung der Schwerindustrie vorsieht, einhalten."

(aus der Rede des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, BULGARIN, auf der 2. Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR. PRAWDA, 10.2.55.)

Es ist jetzt schon vorauszusehen, dass dieser "neue Kurs" von den sowjetischen Arbeitern abgelehnt wird. Bereits in den vergangenen Jahren haben die Arbeiter - ähnlich der Landbevölkerung - eine ständige Tendenz zur Sozialrevolution.

- 12 -

In Verbindung mit einer Reihe von Konzessionen und Zugeständnissen nach dem Tode Stalins haben auch sie die Furcht vor Strafmaßnahmen teilweise abgelegt. In der Bulganinrede gibt es eine Reihe von Hinweisen darüber, So sagte der Marschall u.a., man müsse "mit allen Mitteln" die Arbeitsproduktivität wieder heben.

"Wir müssen ganz ehrlich gestehen, dass es noch viele Mängel gibt. Das Wachstum der Arbeitsproduktivität ist hinter unserem Fünfjahrsplan zurückgeblieben und steht nicht auf der Höhe unserer Aufgaben.

Die Steigerung der Arbeitsproduktivität ist unsere wichtigste Aufgabe bei der Entwicklung der Volkswirtschaft.

Die Erfüllung unseres Volkswirtschaftsplanes im laufenden Jahr wird eine maximale Mobilisierung aller Kräfte, die volle Ausnutzung unserer inneren Reserven und anstrengende Arbeit unseres ganzen Volkes erfordern."

Zweck der Forcierung dieses Wirtschaftszweiges ist es vor allem, die Rüstung des Landes zu stärken. In einem am 11.2. von der "Prawda" veröffentlichten Interview sagt CHRUSCHTSCHEW dazu:

"Unsere Schwerindustrie ist die Grundlage für die Abwehrkraft des Landes und die Macht unserer heldenmütigen Streitkräfte. Kameraden, denkt dabei immer an die schrecklichen Jahre des grossen vaterländischen Krieges. Hätten wir damals nicht in unserer Schwerindustrie eine mächtige ökonomische Basis gehabt, würden wir niemals den bis an die Zähne bewaffneten Feind besiegt haben. Die Schwerindustrie hat uns die Freiheit und die Unabhängigkeit des Vaterlandes gesichert."

An anderer Stelle bemerkt CHRUSCHTSCHEW:

"So oder so - bei der jetzigen Lage sind wir gezwungen, einen Teil unserer Mittel und Bemühungen für die Erhöhung der Verteidigungsbereitschaft des Landes aufzuwenden."

In seiner Antrittsrede vertrug BULGANIN die gleiche Meinung:

"Die Verstärkung der Verteidigungsbereitschaft unseres Staates wird auch weiterhin die grösste Sorge von Partei und Regierung sein. Sie macht es nötig, die Kampffähigkeit der Armee auf einer Höhe zu halten, die von den Interessen des Landes, der internationalen Lage sowie der Entwicklung der Verteidigungskunst

geboten wird."

3) Mobilisierungsbereitschaft der Sowjetunion

Seit Mitte Januar gibt es ein neues Element in der politischen und militärischen Presse der Union. Es deutet auf den Wandel hin, der sich in der Sowjetkonzeption anbahnt. Es handelt sich um die Feststellung, dass ungeachtet der sowjetischen Friedenspolitik bereits in naher Zukunft ein bewaffneter Zusammenstoss mit den Westmächten möglich ist.

Noch in der Neujahrs presse, vor allem der Militärzeitungen, hatte man betont, die Möglichkeit eines bewaffneten Zusammenstosses habe sich gegen früher verringert. Und die Zeitung der Armee, der "Rote Stern", hatte dieser Feststellung die Bemerkung zugefügt:

"Unseren heissen Tag und das freudige Morgen, alles, was wir uns vornehmen und das als lichter Traum in unseren Herzen bewahrt wird, verstehen wir zu verteidigen. Aber wir sind ruhig und uns unserer Kraft bewusst."

Mit der Ruhe scheint es nun vorbei zu sein, und auch ein Teil der Zuversicht ging verloren. Der "Rote Stern" begann seine Wandlung am 29.1.55 mit einem Leitartikel, der unter dem Titel "Erhöhung der Wachsamkeit und Kampfbereitschaft" stand. Die Bemühungen der Sowjetunion hätten eine friedliche Entspannung nicht erreichen können, da der Westen seine Aufrüstung beschleunige, schreibt das Blatt und fährt fort:

"In dem sie (die Westmächte) ungeheure Mittel zur Beschleunigung der Rüstung verausgaben, bereiten sie sich offen für einen Angriffskrieg gegen die Sowjetunion, gegen Volkschina und die Länder der Volksdemokratie vor."

Ein neuer Krieg würde plötzlich und über Nacht hereinbrechen, befürchtet der "Rote Stern" und meint:

"Die historischen Erfahrungen zeigen, dass die Angreifer beim Beginn des Krieges gegen friedliebende Staaten grössten Wert auf die überraschende Plötzlichkeit des Überfalls legen. Zahlreiche Tatsachen legen davon Zeugnis ab, dass die Ausnutzung des Überraschungsmomentes auch in den Plänen der aggressiven amerikanischen Kreise eine grosse Rolle spielt."

- 14 -

Demgegenüber gelte es, in höchster Wachsamkeit darauf zu achten, dass keine Überraschung gelinge, und jeder Angriff rechtzeitig abgeschlagen werden könne.

"Das sowjetische Volk versteht deshalb, dass in der gegenwärtigen internationalen Lage höchste Wachsamkeit von ihm verlangt werden muss."

In der sowjetischen Militärpresse wird hervorgehoben, dass die "Wachsamkeit" des sowjetischen Soldaten völlig konkret sein muss. Das ist nicht die Wachsamkeit der früheren Jahre, die sich auf politische Verdächtigungen und auf Denunziantentum belief. Im Leitartikel des "Roten Stern" vom 29.1.55 wird der Begriff der "Wachsamkeit des Soldaten" folgendermassen erläutert:

"Wachsam sein bedeutet, bereit zu sein, in jeder beliebigen Minute zur Verteidigung seiner Heimat auszurücken und dieselbe geschickt und mit Würde zu verteidigen, bei Alarmsignalen aktiv zu handeln; er muss verstehen, die Waffen und die Kampftechnik richtig auszunutzen und muss gesammelt und diszipliniert sein.

Wachsam sein bedeutet für den Kommandeur, eine hohe Mobilisationsbereitschaft der ihm anvertrauten Unterabteilung, Einheit oder Schiffe sicherzustellen."

Im Monat Januar wird in der Militärpresse der Sowjetunion oft die Aufgabe angeführt - das ganze Personal der bewaffneten Streitkräfte zum Kampfe mit einem starken und technisch glänzend ausgerüsteten Gegner vorzubereiten. Auch kann man voraussetzen, dass in den breiten Schichten des sowjetischen Militärs eine gewisse Unsicherheit und Angst vor einem bewaffneten Überfall seitens des Westens, der unter Anwendung von Atomwaffen vollzogen wird, besteht. Die sowjetische Presse ist bestrebt, die Militär- und Zivilpersonen davon zu überzeugen, dass der Sieg im Krieg durchaus nicht durch die Anwendung von Atom- und Wasserstoffwaffen gesichert ist. Die Kommandeure der sowjetischen Armee werden darauf hingewiesen, dass

"es erforderlich ist, alles zu tun, damit die sowjetischen Soldaten deutlich die Besonderheit der derzeitigen internationalen Lage begreifen, damit sie von Tag zu Tag ihre Bereitschaft erhöhen, jeden Feind zu zerschmettern, ganz

gleich, was für Waffen er besitzt."

(Leitartikel "Roter Stern", 29.1.55)

Diese Tendenz schiebt auch der zweifache "Held der Sowjetunion", Generaloberst P. BATOW in den Vordergrund, dem der "Rote Stern" am 14.1. seine Spalten zur Verfügung stellte. "Man muss die Truppen lehren, einen äusserst starken und gefährlichen Gegner zu besiegen", so überschreibt er seine Betrachtungen, die den Versuch einer Konzeption des Krieges unter Einsatz von Massenvernichtungsmitteln darstellen. Der Artikel soll beruhigend wirken, lässt aber durchblicken, dass sich die Sowjetarmee in Hinsicht auf ihre A- und H-Waffen den Westmächten unterlegen fühlt.

"Bei der Propaganda für den Atomkrieg gehen viele imperialistische Strategen von der weit verbreiteten bourgeois pseudo - wissenschaftlichen Theorie aus, dass man einen Sieg durch die Anwendung einer einzigen überlegenen Waffe oder Waffengattung entscheiden könne. Früher wurden solche Hoffnungen auf die Panzerwaffe und auf die Luftwaffe gesetzt. Heute nun richten sie ihre Hauptaufmerksamkeit auf atomare Waffen.

Die sowjetische Militärwissenschaft hingegen basiert auf den wissenschaftlichen Prinzipien des Marxismus-Leninismus. Sie ist deshalb der Meinung, dass es solche Mittel mit aussergewöhnlichen und allmächtigen Eigenschaften nicht gibt und niemals geben wird.

Die sowjetische Militärwissenschaft hat bewiesen, und die geschichtlichen Erfahrungen besonders des grossen vaterländischen Krieges haben das bestätigt, dass ein Sieg nicht durch die Technik allein errungen werden kann. Vielmehr kommt es auf die Menschen an, auf ihre Überzeugung von der Richtigkeit ihrer Sache. Diese Menschen, die moralisch standhaft und körperlich gestählt sind, müssen ihre Technik vollständig beherrschen und fähig sein, sie weitgehendst in jeder Lage und unter allen Ortsverhältnissen auszunutzen.

Natürlich weiss unsere Militärwissenschaft, dass das Erscheinen neuer Kampfmittel gewisse Veränderungen in die militärischen Aktionen und in das Verhalten der Truppe auf dem Schlachtfeld bringen muss. Namentlich die Taktik bedarf einer Änderung. Die Atomwaffen verwandeln den modernen Krieg in eine schwere Prüfung für das Heer. Sie erfordern Verständnis, um in schwierigen

und neuen Verhältnissen handlungsfähig zu bleiben.

In einem solchen zeitgemässen Krieg kann nur derjenige Soldat mit einem Erfolg rechnen, der die ihm anvertraute Waffe und die neue Kampftechnik vollkommen beherrscht, der physisch abgehärtet ist, der aber zugleich und als absolut notwendige Ergänzung dessen einen unbeugsamen Willen zum Sieg hat."

Weitere Artikel befassen sich mit der ungenügenden Disziplin der Sowjetarmee:

"Leider leisten noch nicht alle Offiziere, Partei- und Komsomol-Organisationen zielbewusst und geschickt die Arbeit zur Sicherstellung hoher Wachsamkeit und ständiger Bereitschaft der Truppen.

Inzwischen trifft man auch solche Kommunisten, die dem Personal nicht als Vorbild der Wachsamkeit dienen und Sorglosigkeit an den Tag legen.

Es ist durchaus erforderlich, energisch mit der Sorglosigkeit, Nachlässigkeit und Undiszipliniertheit, die noch in einigen Abteilungen anzutreffen sind, energisch Schluss zu machen.

Die Grundlage für eine ständige Kampfbereitschaft der Truppen ist eine feste militärische Disziplin."

Augenscheinlich hat die "Friedensliebe" der sowjetischen Führung und die Zusicherung darüber, dass ein bewaffneter Zusammenstoss mit dem Westen unbedingt verhindert wird, in breiten Schichten der Sowjet-Armee zu einer starken Entmagnetisierung geführt, welche die sowjetische Führung eben auf die schnellste Weise zu liquidieren bestrebt ist.

Die Sowjetführung hat es deshalb als eine ihrer Grundforderungen erhaben, die gesamte Volkswirtschaft, einschliesslich der Rüstungsindustrie, sowie die Streitkräfte - von den grössten Einheiten angefangen, bis zum letzten Soldaten - in den Zustand der Alarmbereitschaft und in die Erwartung eines plötzlichen Beginns militärischer Aktionen zu setzen.

In der Volkswirtschaft zeigt sich das - wie schon näher ausgeführt - in der allseitigen Förderung der Schwerindustrie, die offiziell als "die Grundlage der Grundlagen für die sozialistische Ökonomie" und "als die Grundlage der Verteidigungsbereitschaft" bezeichnet wird.

Für diese Entwicklung, die eigentlich eine Rückentwicklung ist, gibt es folgende Etappen: Im Jahre 1953 versuchte die Sowjetführung auf der Basis der von STALIN geschaffenen und hinterlassenen Schwerindustrie eine Leichtindustrie aufzubauen. Schon 1954 wurde das dahin abgewandelt, dass die Leichtindustrie neben einem weiteren Ausbau der Schwerindustrie errichtet werden sollte.

Diese beiden Industriezweige gleichzeitig und bedeutend zu entwickeln war eine völlig unmögliche Sache in dem sowjetischen System der Wirtschaftsführung. Die "Mitteilungen (Berichte) der zentralen statistischen Verwaltung über die Erfüllung des staatlichen Volkswirtschaftsplans der UdSSR im Jahre 1954" (Prawda, 21.1.1955), besagten, dass während des letzten Jahres die Schwerindustrie in den wichtigsten Zweigen zurückgeblieben ist und mit der Erfüllung der staatlichen Aufgaben nicht fertig wurde.

Der heutige Kurs, der wieder -wie zu Stalins Zeiten - auf eine bevorzugte Entwicklung der Schwerindustrie abzielt, zeigt sich also sowohl als Folge der Rückschläge von 1954, als auch als Zeichen für die sowjetische Auffassung, ein neuer Krieg könne in absehbarer Zeit beginnen. Im Rahmen der Schwerindustrie wird deshalb vor allem der Ausbau der Rüstungsbetriebe gefördert, wobei man unterstellen kann, dass auch ein Teil der bestehenden Schwerindustrie auf die Erzeugung militärischen Bedarfes umgestellt wird.

Die Sowjetführung zieht zur Rechtfertigung ihrer Haltung selbst längst verstorbene Bolschewiki mit Namen und Autorität heran, wie z.B. FRUNSE. Dieser ist im Jahre 1925 auf dem Posten des Vorsitzenden des Revolutionären Militärischen Rates und eines Volkskommisars für militärische und Marine-Angelegenheiten verstorben. In der Sowjetunion war die Meinung weit verbreitet, dass FRUNSE auf Befehl STALINS mit Hilfe einer "missglückten" chirurgischen Operation vernichtet wurde. Das Gedächtnis FRUNSES ist daher in breiten Schichten der Bevölkerung der UdSSR mit einem Gloriosenschein des Märtyreriums umgeben.

In der "Prawda" vom 2.2.55 erschien ein Leitartikel "Ein hervorragender Staatsmann und Befehlshaber", welcher dem 70. Jahrestag

- 18 -

"dass Frunse der Festigung der Etappe der Sowjetischen Armee, vor allen Dingen einer allseitigen Entwicklung der Grossindustrie als der Grundlage der Verteidigungsfähigkeit des sozialistischen Staates grosse Bedeutung beigemessen hat."

In dem Artikel werden Worte angeführt, die angeblich einmal von FRUNSE selbst ausgesprochen worden sind, die aber deutlich auf die heutige Linie der Politik zugeschnitten sind:

"Wir müssen in kürzester Zeit solche Bedingungen schaffen, die die Festigung der Sowjetunion tatsächlich sicherstellen."

In dem Artikel wird darauf hingewiesen, dass FRUNSE der raschesten Entwicklung der Luftwaffenindustrie und der Festigung der Luftstreitkräfte sowie der Unterseebootflotte ausserordentlich grosse Aufmerksamkeit geschenkt habe.

Diese Gedankengänge ergänzt der "Rote Stern" in der zweiten Hälfte des Januar. Er weist auf besondere Verstärkung der Unterseebootflotte, der Luftstreitkräfte einschliesslich der Fallschirmjäger sowie der Luftabwehr hin.

Die Ernennung des Verteidigungsministers der Sowjetunion BULGANIN zum Ministerpräsidenten bestätigt, dass in der Sowjetunion in allerkürzester Frist alle Zweige des Lebens in den Zustand der Mobilisierungsbereitschaft für einen bewaffneten Zusammenstoß mit dem Westen gebracht werden.

Die Ernennung Marschall SCHUKOWS zum Verteidigungsminister fällt in die gleiche Linie. SCHUKOW ist zweifellos für die Sowjetarmee der massgebendste militärische Führer, der fähig ist, sie in kürzester Frist in den Zustand der Mobilisierungsbereitschaft zu bringen. Nach dem 2. Weltkrieg fiel SCHUKOW wegen seiner für STALIN gefährlichen Autorität in der Armee und bei der Bevölkerung in Ungnade. Nach dem Tode STALINS schlug MALENKOW ihn als stellvertretenden Verteidigungsminister der UdSSR vor. Im Laufe der letzten Jahre wurde die Lage MALENKOWS in der sowjetischen regierenden Spitze allmählich immer schwieriger. Im Zusammenhang damit hörte man in der Sowjetpresse auch sehr wenig über SCHUKOW. Trotzdem man ihn zu den Anhängern MALENKOWS rechnen konnte, wurde er nach dessen Absetzung für den höchsten militärischen Posten in der

Sowjetunion erwählt.

Die Meinung ist berechtigt, dass die Sowjetführung dazu wider ihren Willen durch die internationale Lage und ihre eigenen aussenpolitischen Pläne genötigt ist, Sie geht dabei von der Annahme aus, dass SCHUKOW der geeignete Mann ist, um die Armee schnellstens in Höchstform zu bringen und sie bei einem plötzlichen Konflikt auch erfolgreich zu führen.

Alle diese Massnahmen sind direkte Folgen der westlichen Politik und der militärischen Massnahmen des Westens. Dadurch wurden die Sowjets mehr oder minder gezwungen, einen "neuen Kurs" einzuschlagen, der einzig und allein auf die Errichtung der militärischen Mobilisierungs- und Alarmbereitschaft in der UdSSR abzielt.

Die Kursänderung der Sowjetführung scheint dabei eine Defensivmassnahme zu sein, zu der man sich nur widerwillig und der Not gehorchnend entschlossen hat. Deshalb wird sie sich bemühen, im gleichen Umfang, wie sie innerpolitisch umschaltet, den Friedenkampf im aussenpolitischen Raum durch die übrigen kommunistischen Parteien verstärken zu lassen. Dabei wechseln verlockende Friedensangebote mit Drohungen. Noch am 29.1. erklärte MOLOTOW in einem Interview:

"Die Sowjetunion ist mit ihren inneren Angelegenheiten, die sie in Fülle hat, beschäftigt, und sie ist selbstverständlich an der Erhaltung des Friedens interessiert, genau wie auch die anderen Völker."

In seinem Bericht auf der 2. Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR (Prawda, 9.2.55) redete MOLOTOW anders. Er sagte, dass die imperialistischen Kreise der westlichen Länder und insbesondere die USA bestrebt seien, den Sozialismus in allen Ländern des östlichen Blocks einschliesslich der UdSSR zu vernichten, um dort die kapitalistische Ordnung wiederherzustellen. Doch der bewaffnete Zusammenstoss zweier Systeme könne nur mit dem Untergang des kapitalistisch-imperialistischen Systems und dem Sieg und Triumph des Sozialismus in der ganzen Welt enden.

"Die aggressiven imperialistischen Kreise denken anders. Sie wollen die gesetzlichen Bestrebungen der Völker zur Befreiung

von den Ketten des Kapitalismus nicht anerkennen und sind bestrebt, das Wiedererstehen des Kapitalismus in der ganzen Welt durchzuführen. Genau dadurch ist ihr aussenpolitischer Kurs beeinflusst, zum Beispiel der der Vereinigten Staaten. Das ist ein Kurs zur Wiederherstellung der Herrschaft des Imperialismus in der ganzen Welt, ein Kurs zur Vernichtung des Sozialismus, zur Vernichtung der Macht der Schaffenden in den Ländern der Volksdemokratie.

Aus diesen Zielen besteht die aggressive Politik der USA. Diese Politik kann nichts anderes bedeuten, als eine Vorbereitung zu einem neuen Weltkrieg, einem Krieg für die Wiederherstellung der Macht des Weltimperialismus.

Nicht die 'Weltzivilisation' geht verloren, so viel sie unter der neuen Aggression auch leiden mag, sondern das bereits verfaulte System auf der blutigen imperialistischen Grundlage wird sein Bestehen beenden. Es wird für seine Aggressivität verurteilt und durch seine Unterdrückung der Arbeiter und der unterworfenen Völker, untergehen."

4. Die materielle Lage der Bevölkerung

Aus der Einführung des neuen Kurses kann man die Folgerung ziehen, dass die materielle Lage der Bevölkerung sich in der nächsten Zeit bedeutend verschlechtern wird.

Diese Verschlechterung wird auf der einen Seite durch eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität und der Normen bestimmt, zum anderen durch die Verstärkung der Kriegsindustrie. Diese entzieht dem Verbrauchsgütersektor Rohstoffe und Arbeitskräfte. Überdies hat die Sowjetführung angekündigt, sie werde von allen Dingen (Lebensmitteln, Industriewaren und dgl.) grosse strategische Reserven anlegen, was ebenfalls zu einer Einengung des Warenangebots auf allen Gebieten des Lebens führen wird.

Es ist klar, dass z.B. durch die kritische Lage in der Landwirtschaft diese Reserve nur auf Kosten der Volksversorgung angelegt werden kann:

"Die eine der Bedingungen für die Erfolge im wirtschaftlichen Aufbau ist die Existenz von Staatsreserven. Diese Reserven

sind unsere Macht, die Befestigung des Verteidigungsvermögens unseres Landes. Es wäre ein unverzeihlicher Fehler, die Aufmerksamkeit darauf zu vermindern oder der Versuchung nachzugeben, die laufenden Abgaben an die staatlichen Reserven zu umgehen. Die Vergrösserung der staatlichen Reserven in Rohstoffen, Heizmaterial, in Industriewaren und Nahrungsmitteln ist unsere wichtigste Aufgabe."

(Aus der Rede BULGANINS. Prawda, 10.2.55)

In der Rede von MOLOTOW sowie in den Gesprächen CHRUSCHTSCHEWS und SCHUKOWS mit den amerikanischen Journalisten, finden wir die Bestätigung dessen, dass die schnelle Errichtung der Mobilisationsbereitschaft im Lande grosse Opfer von der Bevölkerung der UdSSR verlangen wird.

"Es wird von uns wieder neue Bemühungen und materielle Opfer fordern. Aber, seid versichert, Ihr Herren Militaristen, wir werden nicht davor Halt machen."

(Aus der Rede MOLOTOWS, Prawda, 9.2.55)

"Ich glaube, es ist an der Zeit, die Militärkonkurrenz zu liquidieren, weil sie sich als eine zu schwere Last auf die Schulter des Volkes legt."

(Aus dem Gespräch SCHUKOWS mit den amerikanischen Journalisten, Prawda, 13.2.55)

"Man kann nicht behaupten, dass die Kanonen und Bomben den Reichtum des Landes darstellen. Eher erschweren sie den Lebensstandard der Bevölkerung zu erhöhen."

(Aus dem Gespräch CHRUSCHTSCHEWS mit den amerikanischen Journalisten. Prawda, 11.2.55)

5) Der Grund der Machtveränderung in der sowjetischen Führungsspitze

Den Höhepunkt der inneren Machtkämpfe, die noch immer um die Nachfolge STALINS geführt werden, bildete im Verlauf der 2. Tagung des Obersten Sowjets der Rücktritt MALENKOWS und die Übernahme seiner Ämter durch Marschall N.A. BULGANIN.

Es erweist sich immer deutlicher, dass dieser Kampf zwischen den Verfechtern der stalinischen alten Linie und einer gemässigteren

neuen Linie geführt wird, deren höchster Repräsentant MALENKOW war. Es muss unterstellt werden, dass nicht nur Gegensätze zwischen MALENKOW und CHRUSCHTSCHEW, sondern ebenso zwischen MALENKOW und MOLOTOW bestehen. Die Gegensätze MOLOTOWS und MALENKOWS beruhen im wesentlichen darauf, dass gerade die älteren Bolschewiki, die noch zur Generation der Oktoberrevolution gehören, MALENKOW als einen Parvenue betrachten.

Aber über diese mehr persönlichen Gegensätze hinaus gibt es sachliche Meinungsverschiedenheiten. Wie aus den Reden der sowjetischen Machthaber des Malenkowflügels nach STALINS Tod zu entnehmen war, versuchten sie z.B. in der Landwirtschaft unter Hinteransetzung der Stalin'schen Grossprojekte eine gewisse "Privatinitiative" der Kolchosbauern zu erwecken. Dem gegenüber wollte die andere Seite die projektierten Vorhaben der Stalin-Epoche realisieren, eine neue Generation landwirtschaftlicher Arbeiter ohne bäuerliche Instinkte heranzüchten. Wenn auch umschrieben, so hat MALENKOW in seinem Rücktrittsgesuch immerhin von seinem Versagen gerade in der Landwirtschaftsfrage gesprochen.

Ferner war das Ziel der "Neuen", einen "Überfluss" an den Gegenständen des täglichen Bedarfs zu erzeugen; sie proklamierten ein Prinzip der Leichtindustrie. In dem sowjetischen Wirtschaftssystem - ob mit oder gegen Willen des Malenkowflügels sei dahingestellt - führte das zur Schwächung der Schwerindustrie. Das rief die Gegenseite auf den Plan. Als erstes Zeichen der Malenkow-Niederlage erfolgte die Abberufung MIKOJANS von seinen wirtschaftlichen Funktionen, in denen er einen sogenannten Dreijahrplan für 1954, 55 und 56 ausgearbeitet hatte. Von diesem Plan war man dann schon vor dem endgültigen Rücktritt MALENKOWS stillschweigend abgewichen, das Januarplenum der Partei erwähnte ihn nicht einmal mehr mit einem einzigen Wort.

Wie ebenfalls schon erwähnt, trug zum Umschwung auch die Haltung der Westmächte bei, die durch ihre Politik den radikalen Gruppierungen alle Argumente in die Hand spielten, um MALENKOW und seinen "weichen Kurs" abzuservieren.

Es gibt verschiedene Vermutungen und Gerüchte darüber, dass die Sowjetführung Mitte Januar über geheime Informationsquellen gewisse militärische und politische Perspektivplanungen der Amerikaner in die Hände gespielt bekam, aus denen eine unmittelbare Bedrohung der UdSSR abzulesen ist. Wenngleich diese Gerüchte keine Beweise für sich haben, so lässt sich dennoch aus dem Wandel der militärischen Presse der Sowjetunion ein Schluss darauf ziehen. Jedenfalls sind die Sowjetführer seit dieser Zeit davon überzeugt, dass gegen sie etwas im Gange ist. Auch diese Erwägungen haben dazu geführt, dass CHRUSCHTSCHEW und seine Leute zur Tat schritten.

Wesentlich ist an diesem Umschwung, dass er in seiner Methodik neu ist. MALENKOW wurde nicht liquidiert, sondern blieb als Minister für die Energiestationen und als stellvertretender Ministerpräsident (wenn auch nicht erster Ordnung) im Spiel. Der Hauptgrund dafür ist - so scheint es - die innere und äussere Unsicherheit der Sowjetführung, die es in der augenblicklichen kritischen Lage nicht mit den zahlreichen Malenkow-Anhängern in Armee, Partei und Staatsapparat aufnehmen will und kann.

In der Zeitschrift "Der junge Kommunist", herausgegeben vom ZK der Komsomolorganisation, befindet sich in der Februarausgabe ein Artikel des Konter-Admirals F. TSCHERNYSCHOW. Unter dem Titel "Auf der Wacht zum Schutze der Heimat" gibt der Admiral ein Bild der Konzeption der Sowjetführung. Der Admiral hält sich in seinem Artikel an die Konzeption, die MALENKOW nach dem Tode STALINS entworfen hatte. Er erwähnt zwar die Schwerindustrie, allerdings ist seiner Auffassung nach ihre Förderung nicht die Hauptaufgabe des Sowjetstaates.

"Erfolge unserer Volkswirtschaft in der Nachkriegsperiode erlauben es der Partei und Regierung, die in letzter Zeit beschlossenen wichtigen Entscheidungen durchzuführen, die eine starke Erhöhung der Konsumgüterproduktion und der Lebensmittelherstellung zur Folge haben werden. Auf der Grundlage der Fortentwicklung der Schwerindustrie wird auch die Landwirtschaft weiter entwickelt und ein verstärkter Wohnungsbau gesichert.

Alle diese Entscheidungen sind von der Sorge um das Wohl des Volkes getragen, dessen Lebensstandard in kürzester Zeit erheblich erhöht werden muss."

TSCHERNYSCHOW lobt im gleichen Atemzuge die Führer der Partei, da sie im grossen vaterländischen Kriege in die führenden Stellen der Armee gingen. Dabei nennt der Admiral ausdrücklich den Namen MALENKOW, obwohl bereits seit einiger Zeit in den offiziellen Artikeln über den 2. Weltkrieg sein Name demonstrativ weggelassen wird.

Diese Anti-Malenkow-Linie kommt im Prawda-Artikel KONJEWS, der zum Tage der Sowjetarmee unter fast dem gleichen Titel erschien, wie TSCHERNYSCHOWs Arbeit ("Auf dem Posten für die Sicherheit der mächtigen Sowjetheimat"). KONJEW erklärt, die führende Arbeit im zweiten Weltkrieg hätten "die Genossen N.S. CHRUSCHTSCHEW, N.A. BULGANIN, A.A. SHDANOW, A.S. SCHTSCHERBAKOW" geleistet. MALENKOWs Name fehlt. Offenbar ist KONJEWS Standpunkt der der Siegergruppe, die sich zurzeit an der Macht befindet.

Die Gegensätze, die sich in diesen beiden Artikeln wiederspiegeln, haben auch offensichtlich bei der Absetzung MALENKOWs zu Schwierigkeiten geführt. Auf die Frage amerikanischer Presseleute, auf welcher Ebene über das "Rücktrittsgesuch" MALENKOWs entschieden worden sei, antwortete BULGANIN:

"Der Vorschlag für die Ernennung eines neuen Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR wurde - wie es aus der Presse bekannt ist - vom Abgeordneten des Obersten Sowjets CHRUSCHTSCHEW im Namen des ZK und des Ältestenrates vorgebracht. In unserem Lande gibt es einen Block der Kommunisten und Parteilosen."

Dabei fällt auf, dass es im Obersten Sowjet weder laut Verfassung noch nach seiner Geschäftsordnung einen Ältestenrat gibt. Daraus ergibt sich folgendes:

Ursprünglich war die Absetzung MALENKOWs vom ZK, zumindest aber von dessen Präsidium beschlossen worden. Dort wurde auch die Übernahme dieses Amtes durch BULGANIN erstinstanzlich entschieden. Offensichtlich befürchtete das ZK jedoch, die Durchführung würde Schwierigkeiten im Obersten Sowjet auslösen, wenn man diese Institution vor vollendete Tatsachen stellen würde. In dieser Situation bildete das ZK-Präsidium aus den angesehendsten Abgeordneten des Obersten Sowjets, als die man langjährige und mehrmalige Mitglieder sowie einige Militärs ansah, während der 2. Tagung dieses Funktionärsparlaments eine Fraktion, mit der der Sturz MALENKOWs ~~happened~~.

Diese Fraktion wurde dann später als "Ältestenrat" bezeichnet. Diesem "Ältestenrat" gehörten wahrscheinlich auch einige parteilose Abgeordnete an, weshalb BULGANIN in seiner Erklärung den sonst nur in der Wahlpropaganda bestehenden Block der Parteilosen und Kommunisten ins Feld führen konnte.

Falsch ist die Meinung vieler westlicher Zeitungen und der Emigrantenpresse, dieser Kampf sei von CHRUSCHTSCHEW gegen MALENKOW, also Konkurrent gegen Konkurrent, geführt worden. Richtig ist vielmehr, dass eine enggeschlossene Clique der obersten Sowjetführung gegen den Funktionärsstamm MALENKOWS im Staatsapparat kämpfte und diese Gruppe auch besiegte. Eine nicht unbedeutende Rolle auf Seiten der CHRUSCHTSCHEW-Gruppe spielte dabei MOLOTOW.

Rückschlüsse in dieser Richtung kann man aus der ersten Seite der "Prawda" vom 9.2.55 ersehen, wo die Veränderungen in der Sowjetführung erstmalig geschildert wurden. In der Mitte unten finden wir das "selbstkritische" Rücktrittsgesuch MALENKOWS, links unten die Ausführungen CHRUSCHTSCHEWS und seine Vorschläge für die Neubesetzungen, die obere Hälfte des Blattes jedoch wird eingenommen von einer Fotografie, die MOLOTOW in der Mitte des ZK-Präsidiums bei seiner Rede zeigt. Bekanntlich erfolgt die Anordnung von Artikeln und Fotografien in der Sowjetpresse nie willkürlich und zufällig, sondern sie muss immer die zurzeit geltende Machtverteilung zeigen.

In der gleichen Ausgabe befindet sich der Abdruck der grossen MOLOTOW-Rede über die Aussenpolitik der UdSSR, die einen wesentlichen Teil des Blattes in Anspruch nimmt. Alles das lässt den Schluss zu, dass MOLOTOW auch weiterhin eine bedeutende Rolle spielen wird. Die Kollektivführung der Union erkennt die hervorragende Rolle der Aussenpolitik gerade in der gegebenen Situation voll an. Sie überlässt ihre Durchführung weiterhin MOLOTOW.

Falsch ist auch die Behauptung, die Änderungen bedeuteten einen Schritt auf dem Wege zur Militärdiktatur in der UdSSR. Zwar hat sich der Einfluss einiger Militärs vergrössert, dennoch bleibt jedoch die Tatsache bestehen, dass die gegenwärtige Umformierung einen Sieg der Parteifunktionäre über die Funktionäre des Staats-

sapparates gebracht hat.

Ehemals angesehene Sowjetbeamte, die heute in der Emigration leben, erzählen aus der persönlichen Bekanntschaft mit CHRUSCHTSCHEW und BULGANIN, dass der erstere ein sehr aktiver, praktischer Organisationsarbeiter sei. Allerdings würden ihm überragende theoretische Fähigkeiten und strategische Begabung fehlen. Für die Stellung des alleinigen Staatsführers gingen ihm manche Eigenschaften und Fähigkeiten ab. BULGANIN hingegen erfüllt die Vorbedingungen für einen repräsentativen und disziplinierten Ministerpräsidenten, wobei er jedoch ganz und gar nicht die Person sei, mit der eigenen Faust eine selbständige Politik zu führen.

Die Machtverteilung sieht demnach wie folgt aus:

Der Einfluss MALENKOWs und seiner Anhänger ist wesentlich herabgesetzt worden. WOROSCHILOW hat nie nennenswerten Einfluss besessen, er war höchstens innerhalb der Führungsspitze ein vermittelndes Element. KAGANOWITSCH, PERWUCHIN und SABUROW tragen die Hauptverantwortung des Landes, die Verbesserung des Transportwesens usw. Die politischen Führer jedoch sind CHRUSCHTSCHEW, BULGANIN und MOLOTOW. Hinzu kommt noch Marschall SHUKOW, der wahrscheinlich seinen Einfluss in gewissen Grenzen vergrössern wird.

Man muss wohl annehmen, dass der Kampf um die sowjetische Führung noch nicht abgeschlossen ist. Es gibt Anzeichen dafür, dass die Autorität MALENKOWs bei breiten Bevölkerungsschichten dadurch erheblich gestiegen ist, dass man ihn absetzte. Diese Tatsache im Zusammenhang mit den geringen Verbesserungen, die er während seiner Regierungszeit den Sowjetbürgern gewährte, lassen ihn zu einem bleibenden potentiellen Anwärter auf die oberste Führung im Sowjetstaat werden, ganz unabhängig davon, ob er sich selbst mit solchen Plänen trägt oder nicht. In der russischen Emigration jedenfalls, ist man sich darüber einig, dass er - wenn er es für ratsam hält - ein geschickter und gefährlicher Intrigant sein kann. Darüber hinaus hat das Geschehen der Sowjetbevölkerung der Union demonstriert, auf wie schwachen Füßen ihre oberste Führung steht. Außerdem scheint sich, was ebenfalls beachtet werden muss, der Oberste Sowjet in einer Entwicklung zur erhöhten Bedeutung zu befinden.

- 27 -

Niemals vorher wurde ein Regierungswechsel dort besprochen und praktisch durchexerziert; ebenso zeigte er sich bei der Behandlung der anderen Fragen gründlicher als es sonst bei seinen rein propagandistischen Auftritten üblich war. Es wäre übertrieben, wollte man ihn als Parlament bezeichnen, dennoch hat er erstmalig seit seinem Bestehen irgendwelche praktische Bedeutung gehabt.

In allen diesen Umgruppierungen und Auseinandersetzungen hat es der Parteiapparat verstanden, sich wieder mehr in den Vordergrund zu spielen. MALENKOWs Rücktrittsgesuch zeugt davon; es hüpft auf die Formel hinaus: Der Staatsapparat, die staatliche Exekutive hatte Unrecht, sie trägt die Schuld an allen Misserfolgen und Rückschlägen. Es ist noch unbekannt, dass Nikita CHRUSCHTSCHEW an allen Misserfolgen genau so schuldig oder unschuldig ist, wie etwa M. LENKOW. Mehr noch, man wird sich erinnern, dass die Landwirtschaft, deren "Vernachlässigung" M. LENKOW selbstkritisch bekannte, das besondere Steckenpferd CHRUSCHTSCHEWS gewesen ist, der damit auch die Hauptschuld an ihrem Niedergang trägt. CHRUSCHTSCHEW könnte viele Fehler eingestehen, aber er tut es nicht, denn die Partei hat immer recht. Die "Prawda" gibt dieser Tendenz der Unfehlbarkeit der Partei in ihrem Leitartikel vom 12.2. Ausdruck:

"Unter der weisen Führung der KPdSU schreitet das Sowjetvolk zuversichtlich vorwärts ...

Unser Volk wird von der im Kampf für das Glück der Werktätigen gestählten KPdSU zum Kommunismus geführt..."

6) Das staatliche Budget der SU für das Jahr 1955

Die 2. Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR hat ein Gesetz über das Staatliche Budget der UdSSR für das Jahr 1955 bestätigt. Hier führen wir die Grundsummen der Investitionen nach dem staatlichen Budget auf; (ohne die Haushalte der einzelnen sowjetischen Republiken zu berühren.)

a) Das Staatliche Budget soll folgende Gesamtbewegung haben:

Einnahmen	590192622 Tausend Rubel
Ausgaben	563482491 " "

b) Die Ausgaben sehen folgende Investierungen vor:

Volkswirtschaft aus dem Budget	222349364	Tsd. Rubel
--------------------------------	-----------	------------

Volkswirtschaft aus eigenen Mitteln der Betriebe und wirtschaftlichen Organisationen	112886280	" "
--	-----------	-----

Volkswirtschaft zusammen	335235644	" "
--------------------------	-----------	-----

c) Finanzierung der Schwerindustrie:

Aus dem Budget	101198006	" "
----------------	-----------	-----

Aus eigenen Mitteln der Betriebe und wirtschaftlichen Organisationen	62406600	" "
--	----------	-----

Zusammen	163604606	" "
----------	-----------	-----

d) Finanzierung der Massnahmen für die Entwicklung der Landwirtschaft, Urbarmachung des Neulandes usw.

Aus dem Budget	55095865	" "
----------------	----------	-----

Aus eigenen Mitteln der Betriebe und wirtschaftlichen Organisationen	10095340	" "
--	----------	-----

Zusammen	65191205	" "
----------	----------	-----

e) Finanzierung der Massnahmen für die Erhöhung der Lebensmittel - und Gebrauchsgüterproduktion

Aus dem Budget	11448447	" "
----------------	----------	-----

Aus eigenen Mitteln der Betriebe und wirtschaftlichen Organisationen	16486840	" "
--	----------	-----

Zusammen	27935287	" "
----------	----------	-----

f) Finanzierung des Transport- und Verbindungs-wesens

Aus dem Budget	22952176	" "
----------------	----------	-----

Aus eigenen Mitteln der Betriebe und wirtschaftlichen Organisationen	17517260	" "
--	----------	-----

Zusammen	40469463	" "
----------	----------	-----

g) Finanzierung der sozial-kulturellen Massnahmen aller Arten:

davon:		
--------	--	--

für das Bildungs- und Kulturwesen	68446475	" "
-----------------------------------	----------	-----

für das Gesundheitswesen und für die Körperkultur	30485116	" "
---	----------	-----

für die Sozialfürsorge und Sozialversicherung	45819356	" "
---	----------	-----

h) Auszahlung der Gewinne und Annulierung von Losen der Staatsanleihen

12200000	" "	
----------	-----	--

1) Investitionen nach Voranschlag des Verteidigungsministeriums
(Verteidigungsausgaben)

112122710 Tsd. Rubel

Die angegebenen Zahlen verlangen keine besonderen Erklärungen. Im Budget sind riesige Summen für die Ausgaben für das Militär und die Entwicklung der Schwerindustrie und nur geringe Mittel für die Produktion von Lebensmitteln und Konsumgütern vorgesehen. Doch brauchen die Verteidigungsausgaben sich anscheinend nicht mit der im Budget angegebenen Summe zu begrenzen. Bei der Umstellung der Schwerindustrie auf Rüstungsproduktion können diese Ausgaben durch Investmittel für den entsprechenden Wirtschaftszweig gedeckt werden.

7) Die Sowjetische Armee

In der Sowjetunion hat man am 23.2. den 37. Jahrestag der Sowjetischen Armee und der Kriegsmarine gefeiert. Alle sowjetischen Zeitungen waren an diesem Tage der Sowjetischen Armee, der Marine und der Verteidigungsbereitschaft der Sowjetunion gewidmet.

Der Marschall der Sowjetunion I. KONJEW schrieb den Artikel: "Auf Posten für die Sicherheit der mächtigen Sowjetischen Heimat", der in der Prawda vom 23.2.55 abgedruckt wurde.

In diesem Artikel heißtt es:

"Die Schwerindustrie war, ist und wird immer die Hauptbasis unserer festen Verteidigungsbereitschaft und unserer heldenmütigen Streitkräfte sein."

Die Grundsätze der Militärischen Ausbildung der Sowjetischen Armee werden in diesem Artikel wie folgt charakterisiert:

"Die militärische Ausbildung der Streitkräfte wird entsprechend der sowjetischen Kriegswissenschaft durchgeführt. Es ist notwendig, die Armee all das zu lehren, was im Kriege verlangt wird. Sie muss lernen, jeder komplizierten Situation gewachsen zu sein, bei jedem Wetter, am Tage und nachts. Die Armee muss ebenso lernen, im Kriege einen nicht leichten Sieg zu erringen, d.h., sie muss die grosse Kunst des modernen Krieges beherrschen. Sie muss ferner lernen, den Sieg im Kampf gegen einen starken, technisch vollendet ausgerüsteten Feind zu erkämpfen."

Unbeachtet der in dem Artikel wiederholt aufgeführten These, dass die Sowjetische Armee im Falle des Angriffes unbedingt den Aggressor vernichten werden, unterstrich KONJEW, die Bevölkerung der Sowjet-Union wolle keinen Krieg. Die Politik der UdSSR erstrebe eine Milderung der Spannung in der internationalen Lage und sei auf eine allgemeine Abrüstung sowie auf das Verbot der Massenvernichtungsmittel gerichtet.

"Die Schaffenden der UdSSR wollen keinen Krieg, und ihr sehnlichster Wunsch besteht darin, eine friedliche Arbeit fortzusetzen.

Zur Verwirklichung der Errichtung des Kommunismus in unserem Lande braucht man einen fortdauerenden, festen Frieden.

Vom ersten Tage ihres Bestehens an führt die Sowjetunion eine konsequente und unabwickebare Friedenspolitik, die vom grossen Begründer des Sowjetstaates W.I. LENIN, verkündet wurde." Das Sowjetische Volk unterstützt heiss die beharrlichen und konsequenten Bemühungen der Sowjetregierung, die auf das völlige und unbedingte Verbot der Atomwaffe sowie aller anderen Massenvernichtungswaffen und auf die Ausnutzung der Atomenergie nur für friedliche Zwecke gerichtet sind."

Am 9.2. äusserte sich MOLOTOW in der "Prawda" über die Stärke des kommunistischen Elements, das in der Armee wirksam sei. Er meinte:

"Wenn der Aggressor auch schon früher immer nur das bekommen hat, was ihm zustand, so soll er gerade heute nicht die unermesslich gewachsene Stärke der Sowjetunion, sowie die Tatsache vergessen, dass in unserer Armee auf je 100 Mann 77 Kommunisten und Komsomolzen kommen. Und die Kommunisten und Komsomolzen wissen es am besten, wie man die Errungenschaften des Kommunismus vor den Aggressoren beschützen kann."

Auch zur Frage der Wasserstoffwaffen der Sowjetarmee äusserte sich MOLOTOW. Er führte dazu u.a. aus:

"Die sowjetischen Wissenschaftler, Ingenieure, Techniker und alle die, die damit in Verbindung stehen, haben in der kurzen Zeit solche Resultate erreicht, die von den grossen Möglichkeiten des Sowjetstaates zeugen."

In der Produktion der Wasserstoffwaffen haben die Sowjet-

menschen einen solchen Erfolg erzielt, dass sich heute in der Lage der Zurückgebliebenen nicht mehr die Sowjetunion befindet sondern die Vereinigten Staaten von Amerika."

Wenn man mit diesen Behauptungen andere Erklärungen vergleicht, dass die Atom- und Wasserstoffwaffen nicht Voraussetzung für den Sieg im zukünftigen Kriege seien, so ergibt sich, wie gering der Wert dieser Worte MOLOTOWs ist, der lediglich eine Beängstigung des Westens erreichen will.

8) Die Wahlen zu den Obersten Sowjets der Sowjetischen Unions-Republiken

Am 27. Februar 1955 sind in der ganzen SU die Wahlen für die Obersten Sowjets der Sowjetrepubliken durchgeführt worden.

Die sowjetische Führungsspitze (9 Mitglieder des Präsidiums des ZK der KPdSU) kandidierte für die Obersten Sowjets aller Unionsrepubliken. Alle neun Personen wurden über die verschiedenen Wahlkreise jeder Republik verteilt. In allen Zeitungen der Republiken sind Informationen über die Wahlkandidaten gebracht. Die Art der Zusammensetzung dieser Berichte ist folgende: In der alphabethischen Ordnung werden die neun Personen der "Kollektivführung" aufgeführt, dann folgt in mehreren Republiken der Sekretär des ZK der Partei der Republik (im Kasachstan - PONOMARENKO, in der Ukraine - KIRITSCHENKO usw.), dann folgt der Führer der sowjetischen Gewerkschaften - SCHWERNIK, nach ihm die drei Sekretäre des ZK der KP der UdSSR - SCHATALIN, POSPELOW und SUSLOW und dann erst die Kandidaten der betreffenden Republik.

II. Die Perspektiven der Innenpolitik der sowjetischen Führung

Der neue Kurs der inneren Politik der Sowjetunion besteht aus:

- a) Der primären Entwicklung der Schwerindustrie;
- b) der Verstärkung der Verteidigungsindustrie, Errichtung grosser strategischer Reserven und der Schaffung des Zustandes der Mobilisationsbereitschaft;
- c) Umbau des Systems der Landwirtschaft.

Der neue innenpolitische Kurs wird ohne Zweifel eine Verschlechterung der materiellen Lage der Bevölkerung nach sich ziehen.

Welche Politik wird nun die sowjetische Führungsspitze zur politischen Festigung ihres Regimes betreiben?

- 1) Um irgendwie die materiellen Entbehrungen der Bevölkerung auszugleichen und sie zu intensiverer Arbeit in der Volkswirtschaft anzureizen, müsste die sowjetische Führung auch weiterhin eine Politik gewisser Konzessionen und der Erleichterungen betreiben. Diese Erleichterungen und Konzessionen könnten in der Richtung der weiteren Befreiung von dem moralisch-politischen Druck, im Ausbau der praktischen Rechte des sowjetischen Bürgers (die in der Sowjetischen Verfassung dargelegt sind) und in der weiteren Demokratisierung des sowjetischen Lebens gemacht werden.

Bei der Politik der Erleichterungen und Konzessionen wird jedoch im Volke das Bestreben nach mehr Freiheit und nach wirklicher Demokratisierung wachsen. Es bleibt abzuwarten, inwieweit die sowjetische Führung freiwillig ohne einen ernsten Druck von unten eine solche Politik fortsetzen kann.

- 2) Um die Arbeitsdisziplin und die Arbeitsproduktivität zu erhöhen und um die zentralisierte Macht zu verstärken, wird die sowjetische Führungsspitze auf diesem Sektor zu den Methoden des politischen Zwanges und zu verschiedenen Strafmaßnahmen, die schon in der Stalinära üblich waren, zurückkehren.

Zwischen diesen Möglichkeiten steht die Wahl offen. Man kann zwar nach dieser oder jener Seite um ein Weniges variieren, dennoch wird wenig neues rauskommen.

III. Die Aussenpolitik der sowjetischen Führung

Die gegenwärtigen aussenpolitischen Vorstellungen der Sowjetführung kommen in folgenden grundsätzlichen Erklärungen der Sowjetführer zum Ausdruck:

1. Der Rede MOLOTOWs auf der 2. Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR vom 8.2.55.
2. Rede BULGANINS auf der 2. Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR am 9.2.55.
3. Deklaration des Obersten Sowjets der UdSSR vom 9.2.55.
4. Das Gespräch MOLOTOWs mit den amerikanischen Journalisten am 29.1.55.
5. Gespräch CHRUSCHTSCHEWS mit den amerikanischen Journalisten am 5.2.55.
6. Gespräch SCHUKOWS mit den amerikanischen Journalisten am 7.2.
7. Gespräch BULGANINS mit den amerikanischen Journalisten am 12.2.55.
8. Vorschlag der UdSSR über die Einberufung einer Formosa-Konferenz.
9. Erklärung der Sowjetischen Regierung über die Arbeit der UN-Abrüstungskommission.

1) Feststellung der Veränderungen der internationalen Lage

- a) In der Welt existieren zwei Lager - das sozialistische und das kapitalistische. Das Lager der sozialistischen Länder (nach einer Charakteristik MOLOTOWs) befindet sich in der vorteilhafteren Lage.

"Für alle, die objektiv und unparteiisch denken, ist es völlig klar, dass neben der Sowjetunion eine Reihe anderer Länder sich entschieden vom Wege des Kapitalismus abgewandt hat und sich zum Weg des sozialistischen Aufbaues bekennt. Keines dieser Länder wird zurück zum Kapitalismus gehen wollen. Wenn man die Tatsache prüft, so muss man feststellen, dass von den 600 Millionen Europäern ungefähr die Hälfte, ein wenig unter 300 Millionen, heute schon fest im Lager des Sozialismus und der Demokratie stehen. Auch in Asien lebt beinahe die Hälfte der Bevölkerung in den Ländern der Volksdemokratie, die aus dem Lager des Kapitalismus ausgebrochen sind und sich als Ziel den Aufbau des Sozialismus gestellt haben.

Kann man denn leugnen, dass im Vergleich zur Vorkriegszeit eine grosse Schwächung der Position des Kapitalismus, der kapitalistischen Klasse entstanden ist? Nein, das kann man nicht. Genau so klar ist auch, dass diese Änderungen zum Nutzen des Sozialismus, zum Nutzen der demokratischen und sozialistischen Mächte ausgefallen sind."

b) In der Welt gibt es eine Reihe von Staaten, (z.B. Indien) die ihr Kolonialregime gestürzt haben und jetzt eine Politik zur Festigung des Friedens in der Welt, eine loyale Politik zu den Staaten des sozialistischen Lagers, führen. Außerdem gibt es in allen Ländern der Welt breite Volksmassen, die die aggressive Politik ihrer Regierungen nicht unterstützen.

"Grosse Bedeutung hat die Tatsache, dass es kein koloniales Indien mehr gibt, sondern eine Indische Republik. Das ist eine wichtige Wendung in den Geschehnissen, die die Nachkriegsentwicklung in Asien charakterisieren. Immer mehr steigt die Autorität Indiens, das ein wichtiger Faktor bei der Befestigung des Friedens und der Freundschaft zwischen den Völkern geworden ist. Gleich Indien haben auch Indonesien und Burma ihr Kolonialregime gestürzt. Hoffen wir, dass auch Pakistan und Ceylon sowie andere Völker Asiens ihren Weg zu nationaler Freiheit und zu ökonomischen Aufstieg finden werden.

Die friedliebende Sowjetunion bedroht niemanden und mischt sich nicht in die Angelegenheiten anderer Staaten ein, aber dafür verteidigt sie die wahre und gerechte Sache, mit der alle Schaffenden und alle unterdrückten Völker in der ganzen Welt heiß sympathisieren und die deshalb unbedingt siegen muss.

In unseren Tagen haben schon Hunderte Millionen Menschen einen solchen Grad des Bewusstseins erreicht, dass sie, genau wie alle sowjetischen Menschen, mit voller Überzeugung der Gerechtigkeit ihrer Sache bis zum Letzten gegen eine verbrecherische Aggression kämpfen werden."

c) In der Welt besteht der kapitalistische Weltmarkt nicht mehr allein, sondern es bestehen zwei parallele Weltmärkte.

"Ein ökonomisches Ergebnis der genannten Geschehnisse ist der Zerfall des einzigen, allumfassenden Weltmarktes. Bekanntlich existiert dieser einzige Weltmarkt nicht mehr. Dafür existieren 2 parallele gegeneinander stehende Weltmärkte.2

d) In der Welt gibt es zwei verschiedene Richtungen der Aussen-Politik: Die eine unter Führung der USA, führt zum Krieg und hat die Vernichtung des Sozialismus sowie die Wiedereinführung des Kapitalismus zum Ziel. Die zweite, unter Führung der Sowjetunion will die Vermeidung des Krieges, das Verbot der Massenvernichtungswaffen, die Koexistenz der beiden Lager (des kapitalistischen und sozialistischen) aufgrund der Nichteinmischung und des gegenseitigen Vorteiles.

"Sie wollen alle Länder, die sich aus den kapitalistischen Fesseln befreit haben, unter die Macht des Kapitalismus zurückerobern. Das findet die Bestätigung in der Aussenpolitik, die heute von den imperialistischen Staaten und insbesondere von den Vereinigten Staaten, England und anderen, getrieben wird.

Unsere Beziehungen zu den anderen Ländern werden vor allem dadurch bestimmt, in welchen Masse diese Beziehungen den Frieden durch die Einhaltung der Prinzipien der Nichteinmischung in die innere Angelegenheiten anderer Staaten fördern kann."

e) Das Lager der kapitalistischen Staaten der Welt ist nicht einheitlich, sondern wird durch die inneren Widersprüche geschwächt. Die sowjetische Politik muss und wird diese Widersprüche ausnutzen.

"Spricht es nicht von vielen Widersprüchen im imperialistischen Lager, die sich in einer oder in anderer Form und mit grösserer oder geringerer Stärke bemerkbar machen?"

Die sowjetische Aussenpolitik muss mit dem Vorhandensein der bedeutenden Meinungsverschiedenheiten wie zwischen einzelnen kapitalistischen Ländern, so auch mit dem Vorhandensein dieser Meinungsverschiedenheiten im Innern dieser Länder und sogar im Innern der verschiedenen Parteien, die zu den kapitalistischen Klassen und Gruppen gehören, rechnen. Unsere

Aufgabe ist, diese Unstimmigkeiten im Interesse der Erhaltung und der Festigung des Friedens sowie zur Schwächung der aggressiven antide mokratischen Mächte, auszunützen."

2. Die sowjetische Aussenpolitik in der Frage der Massenvernichtungswaffen

Neben ihrer immer wiederholten Forderung nach Verbot der Massenvernichtungswaffen hat die Regierung der UdSSR eine "Erklärung über die Arbeit der UN-Abrüstungskommission" herausgegeben. Diese ist in der Prawda vom 19.2. 1955 veröffentlicht worden. Die Erklärung enthält die Forderung des völligen Verbotes der Massenvernichtungswaffen, Beschränkung der Atomenergie auf Verwendung zu friedlichen Zwecken.

"Die Regierung der UdSSR betrachtet es in Übereinstimmung mit der Deklaration des Obersten Sowjets vom 9.2.55 als notwendig, auf eine Übereinkunft der Mächte zur Verminderung der Rüstung vor allen der Grossnächte hinzuwirken. Die Sowjetregierung ist der Ansicht, dass Atom-, Wasserstoff- so wie alle anderen Massenvernichtungswaffen verboten und vernichtet werden sollen. Ausserdem hält sie Massnahmen zur Errichtung einer wirksamen internationalen Kontrolle dieses Verbotes und der Verminderung der allgemeinen Rüstung für erforderlich.

Die Lebensinteressen der Völker verlangen die sofortige Entscheidung über das Verbot der Atomwaffe, um die Ausnützung der Atomenergie dieser grossen Erfindung des menschlichen Geistes für die Zwecke der Massenvernichtung unmöglich zu machen. Sie verlangen, dass schon jetzt eine breite, internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Verwendung der Atomenergie für friedliche Zwecke entwickelt wird. Das hat eine besonders wichtige Bedeutung für die ökonomisch zurückgebliebenen Staaten und Gebiete, sowie auch für die anderen Länder, die zurzeit keine technischen und anderen Möglichkeiten für die Ausnützung der Atomenergie zu friedlichen Zwecken in der Industrie, in der Medizin und in anderen Tätigkeitsgebieten haben.

Die sowjetische Führung betrachtet als unentbehrlich, dass noch im Jahre 1955 eine Weltkonferenz durch die Organisation der Vereinigten Nationen, für die allgemeine Verminderung

rung der Rüstung und das Verbot der Atomwaffe, einberufen wird."

"Übereinstimmend damit und als Ergänzung ihrer Vorschläge, die sie auf der IX. Tagung der Generalversammlung gemacht hat, schlägt die Sowjetunion vor, die Staaten sollten folgende Verpflichtungen auf sich nehmen:

1. Völlig zu vernichten: alle in den Staaten vorhandenen Vorräte der Atom- und Wasserstoffwaffen, und die Atomstoffe nur zu friedlichen Zwecken zu verwenden.

2. Die Zahl der Streitkräfte gegenüber dem Bestand vom 1. Januar 1955, und auch die Investitionen für Militärzwecke gegenüber dem Bestand der Budgetinvestitionen für das Jahr 1955, nicht zu vergrössern.

Dabei spricht sich die Sowjetische Regierung dafür aus, eine entsprechende internationale Kontrolle für das Einhalten der obengenannten Entscheidungen zu bilden."

3) Die sowjetische Aussenpolitik und die Frage der Koexistenz

In allen Reden der sowjetischen Führer wird die Möglichkeit und die Notwendigkeit einer friedlichen Koexistenz der zwei verschiedenen Systeme, unterstrichen. Durch eine solche Koexistenz sollen gegenseitige vorteilhafte Handelsbeziehungen und ein wirtschaftlicher Wettbewerb gefördert werden.

"Was die Handelsbeziehungen betrifft, so soll man wissen:

Wir sind für die Entwicklung eines normalen internationalen Handels und für die gesunde ökonomische Zusammenarbeit.

Ist es denn schlecht, wenn sich ein ehrlicher ökonomischer Wettbewerb zwischen dem kapitalistischen und sozialistischen System entwickelt? Etwas anderes und besseres kann man sich im XX. Jahrhundert gar nicht ausdenken."

(Aus der Rede MOLOTOWs)

"Die Normalisierung der internationalen Lage und die Verbesserung der Beziehungen zwischen den Ländern könnte zu der Errichtung gleichberechtigter und gegenseitig vorteilhafter Handelsbeziehungen zwischen den interessierten Staaten beitragen. Jedes Land soll frei verkaufen können, was es kann, und kaufen können, was es braucht, ohne irgend eine Diskriminierung.

Es ist jedem klar, ohne Handel, der die gemeinsamen

Interessen berücksichtigt, kann es keine normalen Beziehungen zwischen den Ländern geben. Die Verbreitung der internationalen Handelsbeziehungen und die Beseitigung der Hindernisse bei der ökonomischen Zusammenarbeit, könnte vieles zu der Verbesserung der Beziehungen zwischen den Staaten beitragen."

(Rede BULGANINS. "Prawda", 10.2.55)

Die sowjetischen Führer betonen in ihren Reden, dass die friedliche Koexistenz der zwei Systeme auf dem Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten zu verwirklichen sei.

"Wir bauen unsere Beziehungen zu den anderen Staaten mit dem Bestreben, zum Frieden beizutragen und dabei das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der anderen Staaten nicht zu verletzen."

(Rede BULGANINS. Prawda, 10.2.55)

"Ihr wollt, dass die Wirtschaft auf den kapitalistischen Prinzipien gebaut würde. Dazu haben wir immer gesagt und sagen es auch jetzt: Baut zum Wohle, aber stört uns nicht. Die Lage hat sich so entwickelt, dass in der Welt gleichzeitig zwei Systeme bestehen. Ihr werdet es wahrscheinlich auf den Willen Gottes schieben. Wir glauben, dass es das Ergebnis der historischen Entwicklung ist. Ihr glaubt, der Kapitalismus sei unerschütterlich, die Zukunft gehöre dem kapitalistischen System. Wir unsererseits meinen, dass der Kommunismus unbesiegbar ist und dass die Zukunft dem kommunistischen System gehört. Das sind zwei entgegengesetzte Gesichtspunkte. Wo ist der Ausweg aus dieser Lage? Manche, übermäßig heisse Köpfe, sehen diesen Ausweg im Krieg, aber das ist ein dummer Ausweg. Nach dem Vermächtnis des grossen LENINS stehen wir für die langwierige friedliche Koexistenz der zwei Systeme, d.h. wir glaubten und glauben, dass diese zwei Systeme zusammenleben können ohne zu kämpfen." (aus dem Gespräch CHRUSCHTSCHEWs mit den amerikanischen Journalisten. Prawda, 11.2.55)

Die sowjetische Führungsspitze wählte eine neue Methode zur Annäherung einer Verständigung. Der Oberste Sowjet der UdSSR wandte

sich an die Parlamente aller Staaten der Welt, mit dem Vorschlag, einen Austausch von Parlamentdelegationen zu organisieren.

Hinter diesem Vorschlag verbirgt sich der Plan der sowjetischen Führung, eine Möglichkeit des unmittelbaren Kontaktes mit den Abgeordneten der Parlamente verschiedener Staaten über den Kopf der in diesen Ländern bestehenden Regierungen hinweg, zu erzielen.

"Der Oberste Sowjet der UdSSR weiss, dass auf den Parlamenten die grosse Verantwortung für die Erhaltung und Festigung des Friedens liegt. Gerade sie bestimmen die gesetzgebenden Akte über Krieg und Frieden.

Der Oberste Sowjet meint, dass die Aufnahme unmittelbarer Beziehungen zwischen den Parlamenten, Austausch von Parlamentsdelegationen, Ansprachen der Parlamentsdelegationen eines Landes im Parlament des anderen, den Bestrebungen der Völker zur Entwicklung der freundlichen Beziehungen und Koexistenz entsprechen.

Der Oberste Sowjet der UdSSR wird alle Schritte der Parlamente anderer Länder, die zur Stärkung des Friedens zwischen den Völkern führen, innig begrüßen."

(Die Deklaration des Obersten Sowjets, Prawda, 10.2.55)

4) Die Politik der sowjetischen Führung im Bezug auf die Vereinigten Staaten Amerikas

"alle Ansprachen der sowjetischen Führer und die sowjetische Presse sind voll von Angriffen gegen die USA und auf "die aggressive Politik ihrer Regierung". Doch in allen Ansprachen wird betont, dass die sowjetische Führung eine Verbesserung der gegenseitigen Beziehungen mit den USA wünsche. In vielen Ansprachen wird auf den Zustand der Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und den USA, wie er während des 2. Weltkrieges bestand, hingewiesen.

"Während des Krieges haben wir sehr gute gegenseitige Beziehungen mit den Vereinigten Staaten von Amerika, mit England und auch mit Frankreich gehabt, das sich erst später dieser Gruppe angeschlossen hat. Und wir wären sehr befriedigt, wenn sich diese Beziehungen wiederherstellen liessen."

(Gespräch BULGANINS mit den amerikanischen Journalisten, "Prawda", 15.2.55)

- 40 -

In seinem Gespräch mit den amerikanischen Journalisten betonte CHRUSCHTSCHEW, dass die sowjetische Führung die Entscheidungen des amerikanischen Volkes selbst anerkenne.

"Wer weiss, wie die Geschehnisse sich in den anderen Ländern wie z.B. in den USA, entwickeln werden. In Amerika ist die Arbeiterklasse sehr mächtig, und früher oder später wird sie ihre Stimme erheben. Doch die Entscheidung der Frage, welche Ordnung in den USA siegen wird, gehört dem amerikanischen Volk und nur dem amerikanischen Volk."

5) Deutschlandfrage

In seiner Ansprache auf der Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR betonte MOLOTOW, dass die Grundlage der sowjetischen Politik in Deutschland die Entwicklung Deutschlands zu einem friedliebenden demokratischen Staate sei.

Den ganzen Februar über war die sowjetische Außenpolitik nur auf die Verhinderung der Ratifizierung der Pariser Verträge gerichtet.

Die sowjetische Führung unterstrich ständig, dass die Ratifizierung der Pariser Verträge eine Verhandlung der Vier Grossmächte über die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands unmöglich machen wird. Man kann aber vermuten, dass die sowjetische Außenpolitik jetzt versuchen wird, die praktische Durchführung der Verträge oder ihre endgültige Gestaltung zu stören.

"Das Problem der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands, als eines wirklich friedliebenden und demokratischen Staates, kann man nicht von der Tagesordnung streichen, wenn uns die Interessen des Friedens und der Freiheit der Völker Europas teuer sind. Dieses Problem wird so lange bestehen, bis es entsprechend den Interessen der Festigung des Friedens in Europa auch unter entsprechender Berücksichtigung der nationalen Interessen des einheitlichen demokratischen Deutschlands gelöst ist." (Ansprache MOLOTOWS zu dem Obersten Sowjet der UdSSR, "Prawda", 9.2.55)

Genau wie in den vergangenen Monaten ist in der sowjetischen Presse die Aktivität der Sozialdemokratischen Partei Westdeutschlands

vermerkt worden.

In der "Prawda" wurde behauptet, dass die Regierung Adenauers einen gerichtlichen Prozess gegen die SPD-Führung vorbereite und sie des Verrats beschuldige.

In seiner Ansprache vermerkt MOLOTOW mit folgenden Worten die Tätigkeit der SPD und der Gewerkschaften:

"In Westdeutschland selbst haben sich alle gewerkschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiterklasse, nach denen man die wirklichen Stimmungen des grössten Teiles des deutschen Volkes beurteilen kann, entschieden gegen die Pariser Verträge und gegen die Remilitarisierung ausgesprochen, weil das deutsche Volk die schweren Folgen zweier Weltkriege nicht vergessen kann."

Dieses Zitat ist sehr interessant, und zwar deshalb, weil es gesteht, man könne aus der Haltung der SPD und der Gewerkschaften Rückschlüsse auf die Stimmung des gesamten deutschen Volkes (nicht nur der Bundesrepublik) ziehen.

6) Die sowjetische Politik in der Österreichfrage

In seiner Rede hat MOLOTOW auch die sowjetische Politik in der Österreichfrage erläutert.

Die Notwendigkeit einer schnellen Schliessung des Staatsvertrages mit Österreich betonend, stellte er drei Bedingungen:

1) Die Behandlung der österreichischen Frage hängt mit der Entscheidung des deutschen Problems fest zusammen. Seitens Deutschlands droht Österreich eine Anschlussgefahr. Deshalb ist es notwendig, auf einer Viererkonferenz über die Deutschlandfrage zunächst die Gespräche über die Schaffung eines friedensliebenden und demokratischen Deutschlands zu Ende zu führen.

Im Falle der Errreichung einer Verständigung in der Deutschlandfrage könnte man den Abzug der Besetzungsstreitkräfte aus Österreich verwirklichen, ohne den Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland abzuwarten.

2) Österreich soll sich verpflichten, keinen Koalitionen oder militärischen Bündnissen beizutreten, die gegen irgendein Land, das mit seinen Streitkräften am Kriege gegen Deutschland beteiligt war, gerichtet sind. Auf dem Österreichischen Boden dürfen keine ausländischen Militärstützpunkte errichtet werden.

3) Notwendig ist die baldige Einberufung einer Viernächtekonferenz zur Entscheidung der deutschen und österreichischen Fragen. An der Entscheidung der Frage über den Staatsvertrag mit Österreich soll auch die Österreichische Regierung teilnehmen.

Die sowjetische Führung stellt die Entscheidung der österreichischen Frage völlig in Abhängigkeit von der Entscheidung des deutschen Problems. In seiner Rede betonte MOLOTOW ganz entschieden, dass im Falle der Ratifizierung der Pariser Verträge die sowjetische Führung ihre Truppen aus Österreich nicht abziehen wird.

"Dabei ist es notwendig, sich vor Augen zu halten, dass im Falle der Ratifizierung der Pariser Verträge, die den Weg zur Wiedererstehung des deutschen Imperialismus in Westdeutschland öffnen, eine ernste Gefahr des Anschlusses und demnach auch eine Gefahr für die Unabhängigkeit Österreichs sich bildet."

7) Die sowjetische Politik im nahen Osten

Die sowjetische Führungsspitze ist mit der Schliessung des Militärpaktes zwischen Irak und der Türkei sehr unzufrieden. Die sowjetische Presse ist voll von Befürchtungen über einen Anschluss des Iran zu der Irak-Türkei-Pakistan-Achse.

MOLOTOW sprach äusserst gereizt über die türkisch-sowjetischen Beziehungen:

"Wer weiss nicht davon, dass die SU mehrere Schritte zur Verbesserung der Beziehungen mit der Türkei unternommen hat? Doch die Türkischen Regierungskreise stehen weiterhin auf einem Standpunkt, der nicht normalen gutnachbarlichen Beziehungen entspricht und verwandeln ihren Boden und die Ufergewässer in eine Art Schauplatz für Militärmanöver und Demonstrationen ausländischer und insbesondere amerikanischer Streitkräfte."

In seiner Rede nahm MOLOTOW vielversprechend zu möglichen Beziehungen zwischen der UdSSR und den arabischen Ländern (ausser Irak) Stellung:

"In den arabischen Ländern weiss man wahrscheinlich von den freundschaftlichen Gefühlen der Völker der UdSSR zu diesen Völkern und davon, dass der sowjetische Staat für sie eine zuverlässige Stütze in der Sache der Verteidigung

ihrer Souveränität und ihrer nationalen Unabhängigkeit war und bleiben wird."

8) Die sowjetische Politik in Bezug auf Jugoslawien

Die sowjetische Führung bemüht sich eifrig um die Wiederherstellung der freundschaftlichen Beziehungen zu Jugoslawien.

MOLOTOW betonte, dass der Austritt Jugoslawiens aus dem sowj. Machtbereich ausschliesslich eine innere Angelegenheit ist.

"Jugoslawien ist in den letzten Jahren einigermassen von den Positionen zurückgetreten, auf die es sich in den ersten Jahren nach dem Ende des 2. Weltkrieges gestellt hat. Und das ist selbstverständlich ihre innere Angelegenheit."

9) Die sowjetische Politik in Bezug auf Japan

Die sowjetische Führung gibt sich auch weiterhin grosse Mühe, möglichst bald Beziehungen mit Japan aufzunehmen.

Man kann vermuten, dass sie bereit ist, Japan vorteilhafte Konzessionen anzubieten, um die USA-Position im Fernen Osten zu schwächen und um die Möglichkeit einer Gleichgewichtspolitik in ihren Beziehungen zu Peking und Tokio zu bekommen.

TASS (in der "Prawda" vom 15.2.55) berichtet davon, dass die Sowjetische und Japanische Regierung sich bereits prinzipiell über die Führung der Verhandlungen zur Normalisierung der Beziehungen geeinigt hätten. Zurzeit steht die Frage des Verhandlungsortes zur Diskussion. Moskau ist einverstanden, entweder in Moskau oder in Tokio zu verhandeln oder aber in jedem anderen Ort, der von der Japanischen Regierung ausgesucht wird.

10) Indien

In der Aussenpolitik der sowjetischen Führung wird den Beziehungen zu Indien grosse Aufmerksamkeit geschenkt. Zwischen der UdSSR und Indien ist ein Wirtschaftsabkommen für den Bau eines grossen metallurgischen Werkes in Bschilay abgeschlossen worden. Dieses Werk soll Indien die Möglichkeit geben, die Industrialisierung des Landes voranzutreiben und die neuen Gebiete der Industrie zu erschließen.

- 44 -

"Die Vereinbarung sieht die Gewährung eines Kredites an Indien mit einer Befristung von 12 Jahren vor. Laut Vereinbarung werden die sowjetischen Organisationen alle für das Werk notwendigen Einrichtungen anfertigen und an Indien liefern, sie werden auf die Bitte der indischen Seite die technische Leitung beim Bau des Werkes, einschliesslich der Montage und der Inbetriebnahme übernehmen. .. Unterschiedlich von der Reihe der Vereinbarungen mit den Monopolisten der westlichen Länder sieht die indisch-sowjetische Vereinbarung die maximale Ausnützung der indischen Industrie für die Produktion eines Teiles der Einrichtung und der Baustoffe des metallurgischen Werkes vor. Die sowjetische Seite übernimmt das Anlernen des indischen Personals, wie in Indien, so auch in der Sowjetunion."

("Wichtige ökonomische Vereinbarung", "Prawda", 15.2.55)

In seinem Vortrag auf dem Obersten Sowjet der UdSSR drückte MOLOTOW seine volle Befriedigung über die Entwicklung der gegenseitigen Beziehungen mit Indien aus und unterstrich, dass Nehru im Sommer 1955 der Sowjetunion einen Besuch abstatten wird.

Die sowjetische Presse war von der Antwort Nehrus auf die Vorschläge zur Einberufung einer Formosa-Konferenz (14.2.55) enttäuscht. Nehru erklärte, dass er keinen Grundsicht, warum der Vertreter der Regierung Tschiang-Kai-Cheks auf dieser Konferenz nicht teilnehmen soll.

11) Beziehungen zu China und der Konflikt in Bezug auf Taiwanj (Formosa)

Die chinesische und sowjetische Führungsspitze haben in diesem Monat betont die Unerschütterlichkeit der Freundschaft zwischen China und der UdSSR betont. Am fünften Jahrestag des Vertrages über die sowjetisch-chinesische Freundschaft wurden in Peking und Moskau feierliche Empfänge veranstaltet.

Auf dem Empfang in der chinesischen Gesandtschaft in Moskau war die gesamte sowjetische und in Peking beim sowj. Gesandtschafts-empfang die gesamte chinesische Führung anwesend.

Nach dem Vorschlag über die Untersuchung des Formosa-Konfliktes im Sicherheitsrat der UN und nach der Absage der chinesischen Regierung, an diesen Besprechungen zusammen mit dem Vertreter des Tschiang-Kai-Chek teilzunehmen, hat die sowjetische Regierung vorgeschlagen, eine internationale Konferenz zur Entscheidung der Formosa-Frage einzuberufen.

Die sowjetische Regierung hat zur Teilnahme an dieser Konferenz folgende Länder vorgeschlagen:

Die Chinesische Volksrepublik, USA, England, UdSSR, Frankreich, Indien, Burma, Indonesien, Pakistan und Ceylon. Die sowjetische Regierung hat vorgeschlagen, die Initiative zur Einberufung dieser Konferenz sollten England, Indien und die UdSSR übernehmen.

(Der Vorschlag der UdSSR über die Einberufung der Formosa-Konferenz, TASS, "Prawda" vom 13.2.55)

12) Die Konferenz der Staaten Asiens und Afrikas in Bantung

Die im April ds. Js. bevorstehende Konferenz der Staaten Asiens und Afrikas in Bantung (Indonesien) steht im internationalen Interesse.

Die sowjetische Führung ist nicht der Initiator dieser Konferenz (die Einladungen gehen von der Regierung Indonesiens aus). Die wirklichen Initiatoren der Einberufung dieser Konferenz jedoch sind Indien und China. Die sowjetische Presse erläutert nur sehr vorsichtig die Fragen, die mit der Einberufung dieser Konferenz zusammenhängen. Bis jetzt gibt es noch keine Hinweise dafür, wie die UdSSR an dieser Konferenz teilnehmen wird.

Es ist jedoch jetzt schon bekannt, dass alle von Indonesien eingeladenen Regierungen ihre Zusage zur Teilnahme an dieser Konferenz gegeben haben. (auch solche Regierungen, die unter dem unmittelbaren Einfluss der USA stehen). Die Regierung Formosas ist zu der Konferenz nicht eingeladen worden.

13) Der neue Stil im Benehmen der sowjetischen Führung

Zum Schluss muss man vermerken, dass die sowjetische Führung in diesem Monat einen ganz neuen Stil des Benehmens gezeigt hat.

MOLOTOW, CHRUSCHTSCHEW, BULGANIN und SCHUKOW (jeder einzeln) haben die amerikanischen Journalisten empfangen und führten mit ihnen weitgehende Gespräche. Die Rahmen dieser Interviews hielten sich an die westlichen demokratischen Sitten.

Die Machthaber von Moskau führten mit den amerikanischen Journalisten Gespräche und Diskussionen über ziemlich gewagte politische Themen. Man kann vermuten, daß im Falle einer Einladung die Vertreter der sowjetischen Führungsspitze sogar in ein anderes Land fahren würden, um Verhandlungen zu führen, oder einfach um Aussprachen mit Parlamenten oder verschiedenen Organisationen dieses Landes durchzuführen.

25X1

Page Denied